

Starnberg, 19. November. (Eine Erinnerung an die Zeit vor 20 Jahren.) In den Novembertagen, in denen es mit Riesenschritten Weihnachten zugeht, ist es Zeit, einmal einen Rückblick in die Vergangenheit zu werfen. Die Starnberger erinnern sich noch lebhaft daran, daß vor 20 Jahren die Inflation ihre höchsten Trümpfe ausspielte. Die Preise in unserer Stadt gingen damals sprunghaft in die Höhe. So mancher alte Starnberger weiß, mit welcher fieberhaften Spannung der jeweilige Stand des Dollars verfolgt wurde. Eine Erinnerung an den Preis des Bieres illustriert den Wahnsinn, den die Inflation darstellte. Der Novemberpreis für ein Liter Bier betrug 42 Milliarden; am 17. November stand der Preis bereits auf 210 Milliarden, am 20. November auf 520 Milliarden und am 21. November, als die Inflation beendet war, wieder auf 46 Goldpfennig. Zwei Liter Bier hatten zum Schluß etwas über eine Billion Mark gekostet. Von der Sprunghaftigkeit der Preise kann man sich einen Begriff machen, wenn man erfährt, daß am 1. August 1923 der Preis für einen Liter Bier noch 19 Tausend Mark betrug, am 1. September schon vierhunderttausend Mark, am 1. Oktober 14 Millionen Mark, am 15. Oktober 150 Millionen Mark. Dann setzte der oben erwähnte Wahnsinnspreis ein. Vielleicht geben diese Hinweise so manchem Volksgenossen zu denken, wenn er glaubt, über die heutigen Verhältnisse seinen Unmut durch Schimpfen und Mörgeln Luft machen zu müssen.

Ein blutiger Tag in Iglau

1920

Vor 35 Jahren waren Tausende tschechische Legionäre nach Iglau dirigiert worden. Sie hatten die Aufgabe, sich als „Wähler“ an den Gemeindewahlen zu beteiligen, um eine tschechische Mehrheit in der deutschen Stadt zu erzielen.

Am 23. Juni 1920 veranstalteten die Iglauer Deutschen nach altem Brauch eine Sonnenwendfeier, an der ungefähr 9000 Personen teilnahmen. Auf dem Rückmarsch von der Wiener Straße zum Hauptplatz schossen Legionäre in die Deutschen, „weil in der tschechischen Republik keine deutschen Lieder gesungen werden dürfen“. Blindwütig stachen Legionäre mit aufgepflanzten Bajonetten in die Menge, dazwischen knallten Gewehrschüsse. Blut färbte die Erde rot...

Am nächsten Morgen wurden ungefähr 60 Deutsche verhaftet, darunter Altbürgermeister Inderka, Gemeinderat Nessel, Cafetier Simader, der Obmann des DHV Rossa, Stadtpfarrer Professor Honsig, der ebenfalls schwer mißhandelt wurde. Die Einrichtung der Iglauer deutschen Zeitung „Grenzboten“ wurde demoliert und deutsche Geschäfte geplündert.

Am 24. Juni 1920 hatten die Vorfälle in Iglau ein Nachspiel im Prager Parlament. Ministerpräsident Tusar erklärte u. a., er sei dagegen, daß Militär bei politischen Kundgebungen eingreife, er werde entsprechende Weisungen an die Behörde erteilen. Als einige tschechische Senatoren lachten, riefen deutsche Senatoren: „In Iglau gibt es Tote und Sie lachen?“ Es entstand im Senat ein Tumult, der orkanartige Formen annahm. Die deutschen Senatoren schlugen auf ihre Pulte, der deutsche Sozialdemokrat Löw trat zur Ministerbank und verlangte mit lauter Stimme die Unterbrechung der Sitzung. Präsident Horacek unterbrach hierauf die Sitzung. Nach einer Klubobmannenkonferenz sprachen die deutschen Senatoren Jelinek, Oberleithner, Fahrner. Sie stellten den Antrag, eine parlamentarische Untersuchungskommission nach Iglau zu entsenden. Ministerpräsident Tusar sprach sich gegen diesen Antrag aus mit der Begründung, daß durch die Entsendung eine „Mißstimmung beim Militär entstehen könne“(!). Dagegen nahmen die Senatoren Jelinek, Zuleger, Dr. Renner, Niesner, Oberleithner und Vetter-Lillie Stellung.

Die Prager deutsche Zeitung „Bohemia“ schrieb am 25. Juni 1920 in einem Leitartikel zu den Vorfällen in Iglau unter der Überschrift „Das System und seine Folgen“ u. a.:

„Die Deutschen wurden beim Singen ihrer Lieder gestört. Was es für Lieder sind, die die Deutschen in ihrer Stadt singen, geht nur sie und niemand ändern etwas an; am allerwenigsten haben die Legionäre das Recht, sich in die Feier der ansässigen Bevölkerung hineinzuweisen. Die einzige Instanz, die in Betracht käme, wäre die Behörde. Wenn sie an einem der Lieder etwas auszusetzen hat, so kann sie die beteiligten Personen zur Rechenschaft ziehen und sogar die Komödie eines Hochverratsprozesses inszenieren, wobei sie sich freilich dessen bewußt sein muß, daß der Begriff Hochverrat gerade in diesem Staate nach dem Empfinden der Bevölkerung aller Nationen jeder Anrüchigkeit längst entkleidet und vielmehr von einer strahlenden Glorie umsäumt ist.“

Das Wesentliche und wahrscheinlich Entscheidende ist die Einmischung der Soldateska. Mit dieser Legionärgattung, wie sie in Iglau wirkt, hat es eine besondere Bewandnis. In ihrer Art bilden sie eine europäische Spezialität, und die europäische Öffentlichkeit sollte es nicht unterlassen, dieser in der Tschechoslowakei erfundenen Truppengattung ihr ganzes Augenmerk zuzuwenden. Es handelt sich um die vom Landesverteidigungsminister Kiofac ins Leben gerufenen fliegenden Detachements, deren Aufgabe darin besteht, die Gefahr einer deutschen Majorität rechtzeitig abzuwehren; um eine Art Sprachgrenztruppe also, die deutsche Städte ein paar Tage vor einer Wahl besetzt, ihre Zelte aufschlägt, und am Wahltag das ohne die Soldaten deutsche Wahlergebnis in einen tschechischen Sieg verwandelt. Angesichts der ansehnlichen Truppenmacht, über die die Tschechoslowakei verfügt, wird es bei einer ausgiebigeren, systematischen Verwendung dieser Wählerbrigaden zweifellos gelingen, mit der Zeit das gesamte „verdeutschte“ Gebiet mit tschechischen Gemeinderäten und Abgeordneten zu versehen.

Iglau hatte ordnungsmäßig einen deutschen Gemeinderat gewählt. Daraufhin protestierten die Tschechen und der deutsche Gemeinderat wurde durch einen tschechischen Verwaltungs-

ausschuß ersetzt. Jetzt sollten neue Wahlen stattfinden, und zur Sicherung des Ergebnisses wurden nach dem Znamer Muster einige Tausend Legionäre nach Iglau dirigiert. Derartige Gewaltakte der Regierung sind gewiß nicht geeignet, die Bevölkerung, die internationalisiert werden soll, freudig zu stimmen. Wenn die Soldaten ihre Aufgabe ernst nehmen, so betreten sie die Stadt mit dem Gefühl, daß hier eine Festung steht, die genommen werden muß. Jede Regung deutschen Fühlens, deutschen Willens wird als Auflehnung angesehen, die mit allen Mitteln zu unterdrücken ist. Das sind die physischen Voraussetzungen der Zusammenstöße, die unaufhörlich von einer Regierung geschaffen werden, deren Lippen zwar von Versöhnung überströmen, deren Handlungen sich aber streng in jenen grundsätzlich auf die Ausrottung des Deutschtums gerichteten Geleisen weiterbewegen, die von Kramar, Rasin und den übrigen Gründern dieses Staates gelegt wurden.

Daß die Deutschen wegen eines tschechischen „Protestes“ mit dem Schießen begonnen hätten, wo man doch annehmen muß, daß die Soldaten in der Regel die Bewaffneten sind, klingt wenig glaublich. Desto wahrscheinlicher aber klingt es, wenn man hört, daß die bloße Anwesenheit der tschechischen Gemeindewahlbataillone auf die Gemüter einiger tschechischer Heißsporne so befeuernd eingewirkt hat, daß das Bewußtsein der Angehörigkeit zum tschechischen Herrenvolke schließlich seinen Ausdruck in Tötlichkeiten finden mußte.

Wir stehen vor der traurigen Tatsache, daß in der ruhigen, gewerbetreibenden, deutschen Stadt Iglau Blut geflossen ist, der frühere deutsche Bürgermeister und die deutschen Gemeinderäte verhaftet und ins Gefängnis geschleppt wurden und daß die Einrichtung der deutschen Zeitung zertrümmert wurde. Die Verhaftungen richten sich gegen die Deutschen, die Demolierung und Verwüstungen gegen die Deutschen, die Drangsalierungen gegen die Deutschen. Die Mehrheit ist deutsch, die kleine Minderheit tschechisch.

Die Masse der Menschen lebt fraglos in bestimmten Geschichtsbildern. Sie wechseln erst mit den Generationen. An die blutigen Ereignisse in Iglau können sich viele Landsleute noch heute erinnern.

i k g s

Die Abenteuer einer vielgeliebten Stadt

ERZÄHLT VON OTTO ZIERER

27. Fortsetzung

Neulich ist das Riesenzeppelinluftschiff ZR III unter Führung von Dr. Hugo Eckener als Reparationslieferung nach den USA übers Meer geflogen. In Berlin-Tempelhof ist ein Zivilflughafen eröffnet worden, und die Passagierflugzeuge, wie sie Junkers jetzt baut, sollen nur noch ein Tragdeck haben und ganz aus Metall bestehen. Am Walchensee baut man seit 1918 an einem Riesenkraftwerk, und wenn es nächstes Jahr fertig sein wird, soll die Eisenbahn, von München ausgehend, elektrifiziert werden. Auch die Stadt München erweitert die Versorgung mit Elektrizität. Der tüchtige Oberbaudirektor Dr. Clemens Zell hat schon die neuen E-Werke Süd I und Süd II geschaffen, und er denkt an weitere Verstärkung der Kilowatt-Quellen. Das ist auch nötig, weil überall in den wachsenden Vororten neue Straßenbahnlinien gelegt und bessere Straßenbeleuchtungen eingerichtet werden.

Die Stadt baut wieder Schulen und Amtsgebäude, die Krankenhäuser werden renoviert, neue Wohnblöcke entstehen. Und wer bezahlt diese wiedererwachte Unternehmungslust?

Die Amerikaner natürlich! Wofür haben sie den Krieg gewonnen!

München nimmt in den USA eine Millionen-Dollar-Anleihe auf, um seine Bauprobleme lösen zu können.

Der Fortschritt läßt sich nicht aufhalten. Eines Tages bringt der Herr Doktor ein seltsames Kästchen mit allerhand Spulen, Röhren und Drähten nach Hause. Er nötigt Frau Vera eine Art Ohrenschützer aus Metall auf, dreht ein wenig und macht geheimnisvolle Zeichen.

„Hörst schon was?“ fragt er, und die junge Frau will ärgerlich das lästige Instrument abnehmen.

„Ja“, sagt sie, „krächzen tut's und scheußlich pfeifen!“

„Moment! Hab' ein bißl Geduld, gleich muß die *Deutsche Stunde in Bayern* anheben. Da wirst d' staunen!“

Und wirklich: Das Wunder geschieht!

Auf einmal ist eine Stimme im Kopfhörer,

eine Blaskapelle beginnt ganz fern und ein wenig krächzend zu spielen.

„Wo kommt denn die Musik her?“ wundert sich die junge Frau. „Ja, meine Liebe“, erklärt der Doktor, „gel, da bist du platt? Seit dem 30. Mai ham wir in München einen Rundfunksender. Die Musi, die du hörst, kommt direkt aus der Luft. Is doch phantastisch, net wahr?“

Es geht voran, und überall blühen neue Hoffnungen.

Am Beginn dieses Jahres 1924 steht ein Ereignis, das mit dem bösen Spuk der vergangenen Tage aufräumen will. Am Dienstag, dem 26. Februar 1924, vormittags halb acht, beginnt vor dem Volksgericht des Landgerichtsbezirks München I der Prozeß gegen Adolf Hitler, Ludendorff und Genossen wegen Hochverrats. Weil alle zur Verfügung stehenden Gerichtssäle Münchens für den erwarteten Andrang zu klein sind, wird die Verhandlung in das Gebäude der Infanterieschule in der Blumenburgstraße verlegt.

Alle umliegenden Straßenzüge werden abgesperrt. Auf dem Marsplatz sieht es wie in einem Feldlager aus. Grüne Landespolizei im Stahlhelm und mit Karabinern steht in Bereitschaft. Posten kontrollieren jeden, der sich dem Gebäude nähert. Man hat vor den Eingängen spanische Reiter und Drahtverhaue aufgestellt — die Tage des Bürgerkriegs scheinen wiedergekehrt zu sein.

Von Anfang an umlagern dichte Scharen die Infanterieschule, und unter ihnen sind auffällig viele Leute in Windjacken und mit Knotenstöcken. Ab und zu zerstreut berittene Stadtpolizei die Ansammlungen. Aus der Menge schallt ungeniert die bekannte Parole: *Deutschland, erwache!* Heilrufe auf Hitler, Hochs auf Ludendorff werden ausgebracht.

Regierungsrat Gillitzer, der Jurist ist, erklärt seinem Freund Dr. Rückert, daß das Urteil, in seiner ganzen zu erwartenden Milde, schon dadurch vorweggenommen ist, daß man München als Verhandlungsort gewählt und den Prozeß vor ein bayerisches Gericht gezogen

ZWEITER

TEIL

1914 BIS

1958



ANGEKLAGT IM HOCHVERRATSPROZESS: die prominentesten Figuren — Frick (in Zivil), weiter nach rechts Kriebel, Ludendorff, Hitler und Röhm.

habe, obschon er eigentlich vor das Reichsgericht in Leipzig gehörte.

„Aber Sie verstehen, lieber Freund“, sagt er, „die bayerische Regierung hat selbst so starke nationalistische und preußenfeindliche Tendenzen, daß sie keine scharfe Verurteilung wünscht. Außerdem ist die Rolle der Herren von Kahr und Pöchner, Lossow und Seißer so zweifelhaft, daß man wohl nicht gern die schmutzige bayerische Wäsche in einem norddeutschen Trog waschen will.“

„Ganz Ihrer Meinung, Herr Rat“, antwortet Dr. Rückert.

„Schließlich wollen wir den Roten nicht den Gefallen tun, daß sie über uns losziehen können. Ein bißchen Nationalgefühl müssen wir uns schon noch bewahren, nicht wahr? Man hat ja auch seine Pflicht im Krieg getan und ist alter Soldat.“

Die beiden sehen sich verstehend an; doch dann geht ein Schatten über das Gesicht des Regierungsrats. Er hat Angst vor seinem eigenen Mut bekommen. Es ist nicht einmal gut, auch vor guten Freunden seine Meinung so unverblümt zu äußern. Deshalb fügt er hinzu: „Natürlich will ich nichts gesagt

haben. Bekanntlich darf man in ein schwebendes Verfahren nicht eingreifen.“

Der Prozeß wird in der in- und ausländischen Presse sehr beachtet. Vor den Eingängen und im Verhandlungssaal, in den Korridoren und den Treppenhäusern stehen die Photographen mit ihren Apparaten und Blitzlichtern, Reporter aller Weltblätter sitzen auf der Pressetribüne.

Kaum hat Landgerichtsdirektor Neidhardt die Verhandlung eröffnet und die Formalitäten erledigt, als sich der Angeklagte Hitler erhebt und eine vierstündige Versammlungsrede vom Stapel läßt. Er hat seine große Chance begriffen: Zusammen mit dem Feldherrn des Weltkriegs auf der Anklagebank, als geheimer Mitverschworener der bayerischen Regierung, als Fahnenträger der nationalen Erhebung ist er nun nicht mehr der arbeitslose und berufslose Strolch, nicht mehr der Gefreite oder Obdachlose, sondern ein anerkannter Politiker. Er spielt sich sofort mit großer Redegewandtheit und Rücksichtslosigkeit in den Vordergrund der Szene, gebraucht große Worte von Verantwortung und Führerschaft — in dem Be-

wußtsein, daß die Weltpresse für die Verbreitung dieser Thesen sorgt. Jetzt erst richten sich die Scheinwerfer der Geschichte auf ihn, jetzt erst hat er die Reklame, die ihm für das ganz große Spiel bisher noch gefehlt hat. Er macht das Tribunal zum Podium einer gigantischen, wochenlang vor den Augen der Welt abrollenden Wahlversammlung.

Das Gericht steht innerlich zu sehr auf seiten der nationalistischen Rechten, als daß es den Redefluß des Agitators hemmen wollte. Die angeklagten Offiziere vom Hauptmann aufwärts werden höflich in der dritten Person angesprochen: „Haben Herr Hauptmann... darf ich Herrn Major bitten... Wie sehen Herr Oberst die Vorgänge?“

Die Angeklagten aber befleißigen sich gegenüber dem Gerichtshof betonter Lässigkeit, sie werden ausfällig, greifen an und beschimpfen den Staat, vor dessen Gericht sie stehen. Die Zuschauer applaudieren bei offener Szene, Zwischenrufer werden milde gerügt, nicht eine einzige Ordnungsstrafe wird verhängt. Die Geduld dieses Gerichts ist unerschöpflich, sein Verständnis für Beweggründe und Handlungen unendlich, seine Sympathien sind unbegrenzt.

Geschickt zieht Adolf Hitler die amtierende bayerische Regierung in die Angelegenheit hinein: *Eins ist sicher!* ruft er emphatisch, *die ganze Zeit haben Kahr, Lossow und Seißer mit uns dasselbe Ziel verfolgt, nämlich die Reichsregierung in ihrer heutigen internationalen und parlamentarischen Einstellung zu beseitigen... Wenn unser ganzes Unternehmen Hochverrat gewesen wäre, dann müßten die Herren Kahr, Lossow und Oberst Seißer mit uns die ganze Zeit Hochverrat getrieben haben, da in dieser ganzen Zeit von nichts anderem gesprochen wurde, als von dem, weswegen wir nun auf der Anklagebank sitzen.*

Darauf ist schwer etwas zu erwidern, vor allem deshalb nicht, weil es völlig wahr ist und weil auch das Gericht das weiß. Hitler hält Rede auf Rede, und die Zeitungen veröffentlichen kostenlos seine Parolen. Der verbotene *Völkische Beobachter* hat gute Stellvertreter bekommen, die Hitler den Gefallen tun, seine Ideen in weitesten Kreisen zu verbreiten.

Die Verteidiger der wenigen wichtigen Angeklagten sind sich ihrer Sache nun so sicher, daß sie immer ausfällig werden. Allmählich scheint sich die Szene zu verkehren: Nicht mehr die Putschisten sind die Angeklagten, sondern die Regierung; die Beschuldigten werden zu Klägern wider das „System“.

(Fortsetzung folgt)

© SÜDDEUTSCHER VERLAG GMBH 1958

DAS THEMA DES TAGES

Schuß vor den Bug

(SZ) Als Präsident Eisenhower unlängst die Verlängerung des Reciprocal Trade Agreement Act um vier Jahre unterzeichnete, wurde er ermächtigt, in dieser Zeit die Zolltarife auf der Basis der Gegenseitigkeit bis zu 20% zu ermäßigen. Nach dem langen Tauziehen zwischen Liberalen und Protektionisten hätte dieses Ergebnis zuversichtlich stimmen können, wenn nicht das gleichzeitig unterzeichnete Änderungsgesetz zum Anti-Dumping-Act von 1921 den Protektionisten die Möglichkeit gäbe, die Zollpolitik maßgeblich zu beeinflussen. Der Zollgerichtshof in New York hat aber jetzt die *Schutzzölle auf Fahrräder* für ungültig erklärt. Dies bedeutete, daß alle Zollentscheidungen des Präsidenten anfechtbar wären.

Das Urteil — die Regierung erhebt sicher dagegen Einspruch — wird mit Verstößen gegen die *Verfahrensvorschriften* begründet, die allerdings offenbar auch bei anderen Zollerhöhungen vorgekommen sind. Eine grundsätzliche Revision der Zollpolitik steht also nicht zur Debatte, wenngleich sich hartnäckig die Gerüchte halten, die USA wollten den EWG-Mitgliedern und auch denen der künftigen Freihandelszone eine massive Zollsenkung mit der entsprechenden Rückwirkung auf den US-Handel anbieten.

Eine Schwalbe macht jedenfalls noch keinen Sommer. Im Gegensatz zum New Yorker Urteil kennzeichnet die kürzliche Drosselung der Blei- und Zinkeinfuhren in die USA wahrscheinlich eher den Kurs der Handelspolitik der USA, zumal dort Wahlen vor der Tür stehen. Das Urteil ist wohl mehr ein Schuß vor den Bug, sich nicht ohne weiteres über die Empfehlungen der Zolltarifkommission hinwegzusetzen, denn der Auftakt zu neuer handelspolitischer Initiative in Übersee.

H. K.

Amerikas Stützpunkte im Europa-Markt

In Holland ruft die Aktivität der Geschäftsleute von drüben plötzlich Unruhe hervor

Von unserem Korrespondenten E. A. Granzow

Rotterdam, im Oktober — Zu behaupten, daß sich in Holland eine anti-amerikanische Stimmung breit machte, wäre zwar übertrieben. Indes verheißt man in der holländischen Wirtschaft

G. S. Wiesbaden (Eigener Bericht) — Das Leben ist bisher in der ganzen Welt Jahr für Jahr teurer geworden. Es gibt kein Land der Erde, das 1958 niedrigere Verbraucherpreise als 1950 aufweisen kann. Allerdings gibt es beträchtliche Unterschiede. Ein vom Statistischen Bundesamt vorgelegter internationaler Vergleich zeigt, daß die Bundesrepublik noch verhältnismäßig günstig abschneidet.

Land	Verbraucherpreise im Juli 1958	Industrie- arbeiterlöhne 1957
	1938 = 100	1950 = 100
Belgien	427	119
Bundesrepublik	186	120
Frankreich	3 160	158
Griechenland	56 333	169
Großbritannien	270	146
Italien	6 795	140
Niederlande	319	134
Österreich	757	159
Schweden	254	150
Schweiz	183	115
USA	205	121

In verschiedenen Ländern sind die Preise nach 1945 durch Krieg und Kriegsfolgen, Währungsaufwertung und Schwierigkeiten im Wiederaufbau aus den Fugen geraten. Auch nach 1950 zogen die Preise weiter an, vor allem in Griechenland und Österreich sowie in der Türkei, deren Lebenshaltungskosten-Index im April 1958 auf 174 (1950 = 100) gestiegen war. Die weltweite Aufwärtsbewegung seit 1950 hat in vielen Ländern gleiche Ursachen, so die allmählich erreichte Vollbeschäftigung und die wachsende Massenkaukraft. Ferner wurden Preisbindungen beseitigt und die Preise den höheren Kosten angepaßt. Ein neuer Preisauftrieb setzte besonders seit 1955 ein, aus unterschiedlichen Gründen. Die Suez-Krise hatte zwar keinen so großen Einfluß wie der Koreakrieg. Dafür wurden aber fast überall die Kapazitätsgrenzen erreicht, so daß eine

offenen Armen aufgenommen. So wurden in den letzten zehn Jahren nicht weniger als 124 ausländische Tochtergesellschaften in Holland gegründet, davon 63 im Metall- und 19 im chemischen Bereich. Etwa 117 ausländische Firmen

Das Leben wird jedes Jahr teurer

Eine Untersuchung des Statistischen Bundesamts / Westdeutschland schneidet noch gut ab

weitere Ausdehnung der Produktion zu preistreibenden Investitionskosten führte. Selbst die Verbilligung der Rohstoffe und der Frachtensturz drückten die Verbraucherpreise nicht.

Hauptposten Ernährung

Unter den großen Bedarfsgruppen stiegen in einigen Ländern die Ernährungskosten stärker als die übrigen Preise. Dies gilt für England, Norwegen und Schweden, aber auch für die Bundesrepublik, wo die Nahrungsmittelpreise mit einer Zunahme von 26% um 6% über dem Durchschnitt hinausgehen. Am Verbraucher ist die Ernährung in Europa meist mit 40 bis 50%, in den USA nur noch mit 30% beteiligt. Dagegen hat sich Bekleidung, auf die etwa 10 bis 16% der Verbrauchsausgaben entfallen, weniger stark verteuert. Heizung und Beleuchtung, auf die im Durchschnitt 4 bis 8% der Verbrauchsausgaben kommen, wurden infolge der Kohlepreiserhöhungen überdurchschnittlich teurer, im Bundesgebiet seit 1950 etwa um 40%. Bei den Mieten ist der Vergleich wegen der unterschiedlichen Struktur der Wohnungswirtschaft besonders

schwierig. Im Bundesgebiet liefen die Mietpreise seit 1950 mit dem Gesamtindex etwa parallel. Eine Neigung nach oben zeigen die Dienstleistungen, womit sich zweifellos eine strukturelle Verschiebung in den Verbrauchsausgaben anbahnt. In den USA war bei den Dienstleistungen seit 1950 eine Preiserhöhung um 30% zu beobachten bei einer Zunahme des Gesamtindex von nur 20%.

Löhne und Preise

Ein Überblick wäre unvollständig ohne Berücksichtigung der Einkommensentwicklung. Genaue Statistiken darüber fehlen. Ein Anhaltspunkt sind jedoch die Industriearbeiterlöhne, die in allen europäischen Ländern und auch in Übersee beträchtlich erhöht wurden. Dabei zeigt sich deutlich der enge Zusammenhang zwischen der Bewegung von Löhnen und Preisen. Wie gut die Bundesrepublik dasteht, wird am englischen Beispiel sichtbar. In England sind genau wie in Westdeutschland die Löhne von 1950 bis 1957 um 61% gestiegen. Der gleichzeitige Preisauftrieb war jedoch in England viel stärker als in der Bundesrepublik.

Einzelhandel muß rationalisieren

Baden-Baden (VWD) — Vor den Delegierten der *Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels* forderte PräS. H. Schmitz eine Reform des Umsatzsteuersystems mit dem Ziel einer wirklichen Wettbewerbsneutralität. Vordringlich sei dabei die Streichung der Großhandels-Umsatzsteuer. Daneben müsse das Organisationsprivileg bei der Umsatzsteuer schnellstens verschwinden. Auch eine Neuordnung der Gemeindesteuern sei dringend erforderlich (vgl. SZ Nr. 232). Schmitz appellierte an die Großunternehmen des Einzelhandels, bei ihrer Geschäftspolitik Rücksicht auf ihre Mitbewerber zu nehmen und auf eine „Expansion um jeden Preis“ zu verzichten. Zur Preisbindung der zweiten Hand sagte er, Markenindustrie und Einzelhandel seien sich einig, Preisbindungen nur unter schärfster Auslese aufrechtzuerhalten.

Für 1958 wird nur noch mit einer wertmäßigen Zunahme der Einzelhandelsumsätze

von 3—4% gerechnet, teilte Schmitz mit. Am meisten zurückgeblieben seien die Umsätze von Textilien, während die des Rundfunk- und Fernseheneinzelhandels sowie des Buchhandels am stärksten zunahmen. Die Umschlagsgeschwindigkeit der Warenlager im Einzelhandel konnte 1957 nicht verbessert werden. Dagegen sei die Umsatzleistung je Beschäftigten seit 1951 um 16—17% auf 47 400 DM gestiegen. Schmitz forderte im Hinblick auf die gegenwärtige konjunkturelle Atempause eine verstärkte Rationalisierung. Buchstellen sollen künftig besonders den kleineren Betrieben die Grundlagen dafür liefern. Prof. F. Tamms regte die Einrichtung von Auto-Parkhäusern für die Kundschaft von Geschäften in den verkehrsreichen Straßen an. Bei der Ausarbeitung der Pläne für die neuen Wohnstädte, die sich um eine „wirtschaftliche Mitte“ gruppieren, müßte der Einzelhandelsverband beratend mitwirken.

Herbstaufschwung in Grenzen

Bonn (SZ) — Die Herbstbelebung der Konjunktur war im September nicht ganz so stark wie früher, obwohl die Produktion z. T. kräftig stieg. Immerhin wurde in der Bauwirtschaft und bei Investitionsgütern der Vorjahresstand beachtlich und in den übrigen Bereichen leicht überschritten. Allerdings blieb die Verbrauchsgüter-Industrie um 4% unter dem Vorjahresergebnis. Wie das *Bundeswirtschaftsministerium* mitteilt, stieg der Produktions-Index (1936=100) von 220 im August um 6,8% auf 235 im September; er lag damit um 1,6% über dem des gleichen Vorjahresmonats. In den ersten neun Monaten erreichte die Jahreswachstumsrate der Produktion rd. 3%. Innerhalb der Investitionsgüter-Industrie, deren Produktion um 4% höher war als im gleichen Vorjahresmonat, erreichten der Fahrzeugbau mit 22% und die Elektroindustrie mit 10% den größten Zuwachs. Die Wachstumsrate der Bauproduktion war mit 9,4% etwa so groß wie in den beiden Vormonaten.

Zuckerabkommen perfekt

H. F. Genf (Eigener Bericht) — Die internationale Zuckerkonvention wurde auf der jetzt beendeten Konferenz erneuert und gestärkt durch den Beitritt der drei wichtigsten Außen-seiter Indonesien, Brasilien und Peru. Von europäischen Ländern sind Italien und Dänemark dem Abkommen beigetreten. Das gesamte Exportkontingent wurde von etwas über 5 auf 6 Mill. t hinaufgesetzt, d. h. ungefähr auf die Hälfte des Zuckerwelthandels. Die bisherigen Preisgrenzen werden beibehalten und die Lagerhaltung bei den Exportländern von 10 auf 12% ihrer Kontingentsquote hinaufgesetzt. Eine technische Verbesserung bedeutet es ferner, daß die Exportländer ihre „nicht erfüllbaren Exportkontingente“ am 15. 5. dem Zuckerrat zu melden haben, so daß bei der Schlußmeldung vom 30. 9. die nötigen Vorbereitungen zur Unterbringung schon getroffen sind. Der sowjetische Delegierte, Botschafter Smirnow, berichtete über den stürmischen Aufstieg der Zuckerproduktion seines Landes (vgl. SZ Nr. 252).

Macht Amerika ein Zollangebot?

Ri. London (Eigener Bericht) — In einigen Hauptstädten kreisen Gerüchte, die amerikanische Regierung wolle den Mitgliedern der Sechser-Union und der zukünftigen Freihandelszone eine allgemeine Zollsenkung vorschlagen. Die USA selbst sollen danach eine Ermäßigung um 20% planen. In London ist man skeptisch, wenn auch tatsächlich die Regierung in Washington die Vollmacht für einen solchen Schritt besitzt, allerdings nur im Austausch gegen Zollsanktionen anderer Länder. (Vgl. auch „Thema des Tages“)

Kurs des Grenzlandes auf die EWG

S. Brüssel (Eigener Bericht) — Die Rationalisierungsmöglichkeiten auszuschöpfen. Ob-

Vor 40 Jahren

Der Putsch der Herren Kapp und Lüttwitz

(SZ) Wolfgang Jaenicke, der von 1945—1950 bayerischer Staatskommissar für das Flüchtlingswesen und Staatssekretär, dann deutscher Botschafter in Pakistan und beim Vatikan war, amtierte 1920 als Regierungspräsident in Breslau. Er führte in den Tagen des Kapp-Putsches ein Tagebuch, aus dessen unverfälschter Handschrift wir hier mit seiner Erlaubnis einige Auszüge wiedergeben.

14. März 1920. Am Morgen gegen 10 Uhr kam mein Botenmeister Günzel und meldete, der Führer des im Regierungsgebäude stationierten Schutzkommandos, ein Leutnant Simon, verlange das Hissen einer Fahne auf dem Gebäude. Günzel fragte, ob er diesen Befehl ausführen solle. Ich erwiderte, daß keinerlei Veranstaltung vorliege, und daß ich den Offizier biete, zu mir zu kommen. Er erschien, und nachdem er an meinem Schreibtisch Platz genommen, fragte ich ihn, wieso er auf die Idee käme, plötzlich die Fahne zu hissen. Ich könne dem nicht zustimmen, da für das Hissen der Fahnen auf öffentlichen Gebäuden ganz bestimmte ministerielle Vorschriften gegeben seien.

Er erwiderte, daß sämtliche öffentlichen Gebäude geflaggt hätten, und daß er daher als Befehlshaber dieses Hauses das gleiche anordne. Ich machte ihn darauf aufmerksam, daß nicht er, sondern ich der Hausherr wäre und daß ich sehr bezweifle, daß der kommandierende General mit seiner Auffassung über die ihm gestellte Aufgabe einverstanden wäre. Er fragte: „Welcher kommandierende General?“ Als ich erwiderte „Exzellenz von Friedeburg“, sagte er mit überlegenem Lächeln: „Der existiert nicht mehr, kommandierender General ist Exzellenz Graf von Schmettow. Friedeburg ist in dieser Nacht zurückgetreten. Der Oberpräsident ist verhaftet, und sämtliche Garnisonen Schlesiens sind zu der neuen Regierung übergegangen...“

Ich ergriff sofort den Hörer, um das Generalkommando anzurufen. Es gelang mir jedoch nicht, es zu erreichen. Ich rief darauf die Wohnung des Oberpräsidenten Philipp an. Am Telefon war die weinende Frau Philipp, die mir erzählte, daß in der Nacht ihr kranker Mann verhaftet und in das Gefängnis gebracht worden sei. Ich verweigerte selbstverständlich die Hissung der Flagge.

Da ich vermutete, daß meine Telefonleitung in der Regierung überwacht würde, begab ich mich zum Telefonieren in die Wohnung eines Freundes. Kurz vorher rief mich der Oberpräsident an und sagte mir, der Herr Oberpräsident von Kessel wünsche mich zu sprechen. Ich erwiderte, daß mir ein Oberpräsident von Kessel unbekannt wäre. Falls es sich um den Abgeordneten von Kessel handle, solle dieser, wenn er etwas von mir wünsche, zu mir kommen...

„Ich bleibe auf dem Posten“

Ich fuhr dann zu Bürgermeister Trentin, mit dem ich die Lage besprach. Am unglaublichesten erschien die Nachricht, daß unter dem neuen „Reichskanzler“ Kapp der Minister des Innern mein Amtsvorgänger Herr von Jagow geworden war. Ich fuhr noch zum Handelskammerpräsidenten Grund, der mit Fieber zu Bett lag. Er prophezeite der neuen Regierung kein langes Leben und billigte meinen Standpunkt, wenn gleich er die Überzeugung habe, daß man mich in der gleichen Weise wie Philipp beseitigen würde. Sorge bereitete uns der Umstand, daß ich nicht nur Regierungspräsident von Breslau, sondern auch Reichs- und Staatskommissar für die abgetretenen Teile Posens und Schlesiens war, also diejenige Person, die mit allen Einzelheiten des Kampfes um die Festsetzung der Grenze vertraut war.

15. März. In den frühen Morgenstunden kam eine Depesche: „Ich beurlaube Sie bis auf weiteres. Innenminister...“ Meine Frau meinte, daß Jagow dieses Telegramm aus persönlicher Rachsucht wegen eines Wohnungsstreites geschickt haben könnte; es handelte sich um meine Dienstwohnung, aus der Herr von Jagow seinerzeit nicht hatte herausgehen wollen.

Ich begab mich in der Erwartung, jeden Augenblick verhaftet zu werden, in mein Amtszimmer, wo ich alles aus meinem Amtsschreibtisch herausräumte, was da an Privatbriefen lag. Sämtliche Mitglieder der Breslauer Bezirksregierung hatte ich für 9.30 Uhr in den Plenarsitzungsraum beordert, wo sich 80 bis 90 Personen einfanden. Ich hielt eine Ansprache,



Wolfgang Kapp



Hermann Ehrhardt

in der ich unter anderem sagte: „Ich bin als Reichskommissar auf die Reichsverfassung verpflichtet. Die in Berlin am 13. März entstandene Bewegung stellt einen offenen Bruch dieser Verfassung dar, schon durch die Verletzung der Bestimmungen über Abgang und Berufung der Regierungsmitglieder.“

Von den Vorgängen am 9. November 1918 muß diese Umsturzbewegung wesentlich unterschieden werden“, so sagte ich weiter, „da damals der Inhaber der kaiserlichen und königlichen Gewalt sich ins Ausland begeben hatte und die Regierung freiwillig nicht mehr ausübte... Einen Rücktritt eines Beamten gibt es nicht, und eine Bitte um Entlassung könnte ich nur an das Staatsministerium richten, das ich zur Zeit nicht erreichen kann. Ich bin deshalb entschlossen, Anweisungen des Herrn von Kessel und des Grafen Schmettow nicht zu befolgen.“ Ich verließ den Saal, um die Versammlung nicht zu beeinflussen. Sie beschloß: Ich würdige und achte meine Beweggründe und spreche den Wunsch aus, daß ich im Amt verbleiben möge.

Um 11 Uhr erschienen vom Generalkommando Major Gudovius und Major Vogel, um meine Vermittlung zwischen Arbeiterschaft und Militär zu erbitten. Ich erwiderte, ich könne Schmettow nie und nimmer als Militärbefehlshaber anerkennen und würde eine Vermittlung mit



AUF DEN STRASSEN BERLINS tobten blutige Auseinandersetzungen zwischen den Freikorpsleuten Ehrhards und den streikenden Arbeitern. Man zählte über 100 Tote und mehr als 1000 Verwundete. Unser Bild zeigt einen MG-Posten der Auführer am Potsdamer Platz.

Photo: Keystone

ihm als Gewalthaber nur übernehmen, wenn die Arbeiterschaft mich darum ersuche.

Um 12 Uhr im Oberpräsidium. Ich sollte meine Zustimmung zu einer Neuabsetzung des Polizeipräsidentenpostens geben, was ich ablehnte. In diesem Augenblick trat jemand ins Zimmer; es war Kessel. Er bat mich ins Nebenzimmer und sagte sofort: „Diese ganze Sache ist mir gräßlich.“ Ich sollte mich doch den gegebenen Verhältnissen fügen. Ich erwiderte, daß ich nicht verstünde, wie er mir eine unehrenhafte Handlung zumuten könne. Dann erhob ich mich, verbeugte mich und ging. Kessel machte einen unsicheren und kranken Eindruck.

Ich fuhr nach dem Rathaus, um den Oberbürgermeister zu sprechen. Überall Kommandos mit Stahlhelmen, Handgranaten, Maschinengewehren. Vor dem Rathaus wurde mein Auto beschlagnahmt, während ich im Gebäude war. Als ich herunterkam, mußte ich erst einen Hauptmann heranziehen lassen, den ich anfauchte, was er sich denn herausnähme, das Auto des Regierungspräsidenten anrühren zu lassen. Er nahm die Hand an den Helm und das Auto wurde freigegeben.

Die Arbeiterführer waren gejagtes Wild. Nie-

mand konnte mir ihren Aufenthaltsort angeben. Ich begab mich daher nach der Redaktion der sozialdemokratischen „Volksrecht“. Als ich eintrat, erschütterte eine gewaltige Detonation das Haus. Ein Kommando eines Freikorps zerstörte mit Handgranaten die Druckerei. Ich fuhr sofort zum Generalkommando, wo ich dem Chef des Generalstabs Major von Miskowski erzählte mein Erlebnis in der Volksrecht schilderte und ihm die Frage stellte, was sich das Generalkommando denke, daß es in demselben Augenblick, in dem es meine Vermittlung mit der Arbeiterschaft erbitten hätte, die Druckerei des einzigen Organs der Arbeiterschaft zerstöre.

Major von Miskowski war stark verdattert und sagte: „Das ist wieder so ein Streich dieser Freikorpsführer.“ Ich erwiderte ihm, daß nach meinen militärischen Begriffen für alle Handlungen nachgeordneter Dienststellen der Oberbefehlshaber verantwortlich sei und daß ich von ihm fordere, sofort einen Generalstabsoffizier nach der Graupenstraße zu schicken, um weiteres Unheil zu verhindern.

In diesem Augenblick kam ein Generalstabs-offizier mit einem Telegramm herein, in dem

die Nachricht stand, die Reichsregierung habe von Stuttgart aus den Generalstreik aufgehoben. Ich erwiderte ihm, daß mir die Richtigkeit dieser Nachricht äußerst zweifelhaft sei, und daß ich versuchen würde, mir selber eine Nachricht über die Richtigkeit dieser Meldung zu verschaffen, und zwar durch ein mit seiner Hilfe abzuschickendes Telegramm an die Reichsregierung. Um elf Uhr abends fuhr ich noch einmal zum Generalkommando, um zu erfahren, ob die Absendung meiner Depesche nach Stuttgart vollzogen sei. Major Gudovius erklärte, General Graf Schmettow hätte sich mit der Absendung einverstanden erklärt.

16. März. Um 9.30 Uhr erschienen die Arbeitervertreter Rasch und Ruffert. Um 10 Uhr erschien plötzlich Herr von Kessel in großer Sorge wegen der Lebensmittelversorgung und wiederholte mehrmals die Worte: „Die ganze Sache ist mir gräßlich. Wenn bloß schon in Berlin die Entscheidung fiele...“ Ich legte ihm dar, daß ich nunmehr, ohne ihn oder den General Graf Schmettow irgendwie anzuerkennen, mit ihnen als den Inhabern der tatsächlichen Gewalt verhandeln würde, um vor allem die Freikorps aus der Stadt herauszubekommen, deren

Truppe schießt nicht auf Truppe, sagt Seeckt zu Noske

Von unserem Redaktionsmitglied Hans Schwenk

Mit klingendem Spiel, schwarzweißroten Fahnen und Hakenkreuz am Stahlhelm marschierte am Samstag, dem 13. März 1920, um sechs Uhr morgens die Marinebrigade des Korvettenkapitäns Ehrhardt durch das Brandenburger Tor. Dort erwartete sie in Uniform der Reichswehrgeneral Freiherr von Lüttwitz, der Generalstabschef des alten kaiserlichen Heeres, General Ludendorff, der kurz vor dem Zusammenbruch Ende Oktober 1918 nach Schweden geflohen war, und in Cut, Zylinder und Gamaschen der frühere kaiserliche Generallandschaftsdirektor in Ostpreußen, Dr. Wolfgang Kapp. Die drei setzten sich an die Spitze der Truppe und marschierten mit ihr ins Regierungsviertel hinein. In der Wilhelmstraße proklamierten sie eine neue Reichsregierung, mit Kapp als Reichskanzler und Lüttwitz als Reichswehrminister.

Damit begann der „Kapp-Putsch“, ein Spuk, den man tragikomisch hätte nennen können, wenn er nicht vor einem bittersten Hintergrund vor sich gegangen wäre und Hunderte von Toten und Verwundeten zurückgelassen hätte. Immerhin hatte dieser kleine Staatsstreich, der nur fünf Tage dauerte, für das politische Leben der Weimarer Republik weitreichende und verhängnisvolle Folgen.

In den Februartagen des Jahres 1920 forderten die Feindmächte kategorisch, die deutsche Armee endlich auf den im Versailler Vertrag vorgesehenen Stand von 100.000 Mann zu reduzieren. Das bedeutete die Auflösung der Freikorps, die teilweise mit Wissen und Billigung der republikanischen Regierung im Baltikum und in Schlesien gekämpft hatten und im innerdeutschen Gebiet bei der Niederschlagung kommunistischer Unruhen verwendet wurden. Diese Freikorps, unter ihnen auch die Marinebrigade Hermann Ehrhards auf dem Truppenübungsplatz Döberitz, fühlten sich durch den Demobilisierungsbefehl des Reichswehrministers Gustav Noske um ihren Lohn betrogen.

Das war die Situation, in der Wolfgang Kapp, der während des Weltkrieges einer der lautesten Scharfmacher gewesen war, und mit ihm Freiherr von Lüttwitz, ein politisch unerfahrener Militär, sowie die Kreise um General Ludendorff ihre Stunde gekommen sahen. Am 10. März erschien Lüttwitz beim Reichspräsidenten Ebert und seinem Wehrminister Noske, um folgende Forderungen zu unterbreiten: Die Entlassungen von Soldaten müsse sofort eingestellt werden, Ablösung des verfassungstreuen Chefs der Heeresleitung, des Schwaben Reinhardt, die erneute Unterstellung der Brigade Ehrhardt unter Lüttwitzens Befehl.

Als Noske diese Forderungen entschieden ablehnte und jedem General die Entlassung androhte, der im Verdacht der Illoyalität gegen die Regierung stehe, polterte Lüttwitz weiter: die Volksvertretung solle neu gewählt, der Reichspräsident durch das Volk bestimmt, das Reichskabinett von „Fachministern“ besetzt werden. Während Ebert diese Forderungen

noch erwog, sagte Noske zu Lüttwitz in scharfem Ton, er habe entweder sofort zu gehen oder seinen Abschied zu nehmen. Lüttwitz zog sich sichtlich verblüfft zurück.

Er tat aber nicht das, was Ebert und Noske nach dieser Szene erwarteten, seinen Abschied zu nehmen. So entthob ihm Noske seines Postens als Befehlshaber des Berliner Gruppenkommandos. Die Verhaftung von Kapp und eines Hauptmanns Papst, des Verbindungsmannes von Lüttwitz zu Ludendorff, mißfiel indessen, weil beide von Kapp-Anhängern in der Polizei gewarnt wurden. Inzwischen war die Reichsregierung durch ihren Polizeikommissar von Berger informiert worden, daß vom Lager Döberitz aus der Marsch in die Reichshauptstadt geplant sei. Noske entsandte den Admiral von Trotha, der sich nachher als unsicherer Kantonist erwies, nach Döberitz, um die Lage zu erkunden. Trotha fand bei seiner Inspektion angeblich alles in „bester Ordnung“.

Um Mitternacht aber erhielt die Regierung durch den Telefonanruf eines aufmerksamen Reporters die Nachricht, daß die Brigade Ehrhardt den Marsch auf Berlin angetreten habe. Zwei Generale, die der Kolonne entgegen geschickt wurden und Ehrhardt zur Rückkehr nach Döberitz bewegen sollten, kehrten unverrichteter Dinge zurück. Kurz vor Morgen grauen berief der Reichswehrminister einen Kriegsrat mit den leitenden Offizieren seines Ministeriums und der Berliner Garnison ein. Er forderte bewaffnete Gewalt gegen die Auführer einzusetzen.

Da sprach General von Seeckt, Chef des Truppenamtes, die berühmten Worte, daß Reichswehr nicht auf Reichswehr schießen dürfe. „Wollen Sie eine Schlacht am Brandenburger Tor“, so fragte er Noske, „zwischen Truppen, die noch vor anderthalb Jahren Schulter an Schulter gegen den Feind gekämpft haben?“ Nur der Chef der Heeresleitung, Oberst Reinhardt, und sein Adjutant, Major von Gilsa, waren für Widerstand.

Die Reichsregierung sah nun keinen anderen Ausweg mehr als die Flucht aus ihrer Regierungshauptstadt. Eine Stunde, bevor Ehrhardt in Berlin einrückte, verließen ihre Mitglieder Berlin. Lediglich der Reichsjustizminister Schiffer wurde als Beobachter zurückgelassen. Die Regierung Bauer ging zunächst nach Dresden. Als der dortige Reichswehrbefehlshaber, General Maerker, zunächst eine unsichere Haltung einnahm, siedelte sie nach Stuttgart über. Sie berief die Nationalversammlung in die schwäbische Hauptstadt ein und erklärte die Reichsregierung für aufgelöst.

So fanden Kapp und Genossen die Amtsräume leer. Das war ihre erste Enttäuschung. Sie hatten geglaubt, die Reichsregierung vor der Öffentlichkeit zum Rücktritt zwingen zu können, um sich dann selbst „legal“ an ihre Stelle zu setzen. Während die junge Tochter Kapps in den Räumen der Reichskanzlei verzweifelt nach einer Schreibmaschine suchte,

auf der sie die Regierungsproklamation hätte tippen können, begann ihr Vater, der von den Politikern nicht viel hielt, zu „regieren“. Die fünfjährige Ära Kapps in der Wilhelmstraße kann man nur mit dem französischen Wort kennzeichnen: Ordre, contre-ordre, désordre. Auf der Straße begannen inzwischen die blutigen Auseinandersetzungen der Ehrhardt-Leute mit den streikenden Arbeitern.

Es war indessen weniger diese Art des Regierens, welche dem Putsch der Kapp und Lüttwitz schnell ein ruhmloses Ende bereitete. Es war vielmehr der Generalstreik, der von den Gewerkschaften unverzüglich ausgerufen worden war, aber auch die Gehorsamsverweigerung der Beamtschaft, die Loyalität der Länderregierungen gegenüber der Reichsregierung in Stuttgart und die Tatsache, daß sich nur ein Teil der Reichswehrbefehlshaber im Reich und der leitenden Beamten in Preußen auf die Seite der Putschisten schlug, unter ihnen der Afrikakämpfer General Lettow-Vorbeck in Mecklenburg und der Oberpräsident in Ostpreußen, der frühere Maurer und Sozialdemokrat August Winnig, der damit den endgültigen Bruch mit seiner Partei vollzog. Geradezu diplomatisch handelten die Offiziere des Reichswehrministeriums; der größte Teil hielt sich während der Kapp-Tage in Zivil in den Wohnungen auf.

Schließlich wurden Kapp und Lüttwitz aus den Reihen der Aufständischen selbst gedrängt, die Sache auf eine das Gesicht wahrende Weise zu beenden. Von seiner weinenden Tochter gefolgt, verließ ein zermürbter Wolfgang Kapp, Sohn eines liberalen Revolutionärs von 1848 am 17. März die Reichskanzlei, um im Flugzeug nach Schweden zu fliehen. Er stellte sich 1922 dem Reichsgericht zur Verhandlung und starb während der Untersuchungshaft. Ehrhardt entkam aus der Internierung, in die Seeckt ihn nun stellte, nach Bayern und zog dort die berühmte Geheimorganisation „Consul“ auf. Er hatte sich einen blutigen Abgang gesichert: bei dem Abzug durch das Brandenburger Tor eröffnete seine Truppe auf die Menge, die dem Rückzug höhnisch zusah, das Feuer. Lüttwitz ging nach Ungarn ins Exil, er kehrte 1925 nach der Amnestie für die Kapp-Putschisten wieder nach Deutschland zurück.

Der sozialdemokratische Reichswehrminister Noske aber wurde von seinen Parteifreunden in die Wüste geschickt. An Noskes Stelle kam Otto Gessler. Oberst Reinhardt stellte sich hinter seinen Minister und trat mit ihm zurück. Er wurde später als General der Reichswehr — Kommandeur in Stuttgart. An seine Stelle rückte Seeckt, der damit zum eigentlichen Oberbefehlshaber der Reichswehr wurde.

Damit war aber auch das Bündnis der Arbeiterschaft mit der Armee zerbrochen, das Ebert und Groener nach dem Zusammenbruch 1918 geschlossen hatten, um das Reich vor dem Sturz in die Anarchie zu bewahren.

Anwesenheit die Gefahr des Blutvergießens von Deutschen gegen Deutsche bedeute.

Um 11.30 Uhr Verhandlung mit Oberbürgermeister Wagner und General Graf Schmettow, den ich bei dieser Gelegenheit zum ersten Mal sah: Typ des Flügeladjutanten. Er stellte sich auf den Standpunkt, daß er die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu gewährleisten habe, und daß er bei einem Herausziehen der Truppen aus der Stadt Plünderung und Aufruhr befürchte. Ich versuchte ihm klarzumachen, daß nicht er als Soldat berufen sei, mit seiner Truppe eine aufrührerische Stadt zur Ruhe zu bringen, sondern daß umgekehrt diese Stadt in völligen Frieden gewesen sei, bis zu dem Augenblick, in dem die Freikorps die Stadt besetzt hätten. Ich führte ihm die zahlreichen schweren Ausschreitungen der Freikorps vor Augen.

Er erklärte darauf, alle diese Ausschreitungen im höchsten Maße zu mißbilligen. Leider sei die Truppe nicht mehr das alte preußische Militär sondern eine Soldateska, deren Führer auch ihm große Schwierigkeiten bereiteten. Ich stellte nun die Frage, ob keine Antwort auf mein Telegramm an die Reichsregierung ergangen sei. Major Vogel erwiderte, die Depesche sei nicht abgegangen! Der Leutnant von der Funkstation hätte sich geweigert, die Depesche weiterzugeben.

Rückzug der Freikorps

Ich sprang auf und rief Schmettow zu: „Und Sie wollen militärischer Höchstbefehlshaber sein!“ Er wiederholte, daß es doch eben keine Armeetruppen seien, sondern eine Soldateska. Die Sitzung schloß damit, daß sich Schmettow doch entschloß, den Befehl zum Herausziehen der Freikorps zu geben. Er bat mich, die Freikorpsführer, die er für 16 Uhr auf das Generalkommando bestellt hätte, persönlich zu berechnen.

Ich führte vor diesen etwa folgenden aus: Ich sei überzeugt, daß jeder von den Herren glaubte, dem Vaterlande zu dienen, daß sie aber alle junge Offiziere wären, die sich sicherlich im Kriege vorzüglich geschlagen hätten, aber von den Angelegenheiten des Landes nicht die richtige Vorstellung haben könnten. Die Breslauer Bevölkerung hätte alle Leiden einer Grenzprovinz in tiefer Vaterlandsliebe erduldet, und es sei nicht die geringste Veranlassung, sie zu behandeln wie die Einwohner einer eroberten Stadt. Es sei unvernünftig, daß, wenn die Freikorps noch länger in der Stadt blieben, es zu Zusammenstößen und Blutvergießen käme. Ich verbürgte mich dafür, daß seitens der Arbeiterschaft nichts vorkäme, was gegen Gesetz und Ordnung verstieße.

Nach verhältnismäßig kurzer Debatte erklärten sich die Freikorpsführer bereit, die Truppen aus der Stadt herauszuführen. Ich selbst erklärte, mich dafür einzusetzen, daß die Arbeit zunächst in den lebenswichtigen Betrieben aufgenommen würde. Als wir aus dem Generalkommando herauskamen, mußten wir schnell wieder zurücktreten, weil die Straße entlang geschossen wurde.

17. März. Um 9 Uhr kamen die Arbeiterführer Rasch, Ruffert und Wiersch zu mir und erklärten, die Arbeiter würden die Arbeit in den lebenswichtigen Betrieben sofort übernehmen, wenn die Pionierabteilung Löwenfeld abzüge. Ich fuhr wieder zum Generalkommando, um wegen des Abzugs der Truppen zu drängen. Da Löwenfeld anwesend war, brachte ich ihn selbst ins Gewerkschaftshaus, wo er einen nicht ungeschickten Ton in der Verhandlung traf. Der Abzug seiner Pioniere wurde vereinbart. Während wir noch da waren, kam die Nachricht, daß ein Telegramm an die Eisenbahndirektion gelangt sei, wonach Kapp zurückgetreten wäre...

Die Waffe des Streiks

Am Nachmittag meldete der Amtsgeschehe zwei sozialdemokratische Stadtverordnete. Kaum hatten die Herren bei mir Platz genommen, als die Tür aufgerissen wurde und Soldaten mit Handgranaten im Gürtel, an ihrer Spitze der schon genannte Leutnant Simon, Führer des Wachkommandos im Regierungsgebäude, eintraten. Der Offizier erklärte, es seien hier zwei Kommunisten, die er festzunehmen hätte. Ich erklärte, daß mir die beiden Herren amtlich bekannt seien und daß gar keine Rede davon sein könne, in ihnen Kommunisten zu erblicken. Im übrigen würde ich zunächst mal von seinem Verhalten dem Grafen Schmettow Mitteilung machen. Ich ergriff sofort das Telefon und sagte Schmettow, es befänden sich, während ich spräche, ein Offizier im Zimmer, der nicht einmal die Mütze vom Kopf genommen habe, so wie Soldaten mit Handgranaten, um friedliche Herren, die bei mir verhandelten, festzunehmen.

Dann reichte ich den Apparat dem Leutnant Simon mit den Worten: „General Graf Schmettow wünscht Sie zu sprechen.“ Was er ihm gesagt hat, konnte ich nicht hören, aber nach seinem Gesichtsausdruck zu schließen, muß es nichts Angenehmes gewesen sein, und er verließ mit den Soldaten das Zimmer.

18. März. Mit dem Oberbürgermeister ins Gewerkschaftshaus und mit den Arbeiterführern zu Major von Miskowski, über die Einzelheiten der Herausziehung des Militärs zu verhandeln. Um 11.30 Uhr im Generalkommando Überinkunft, daß am 19. früh in den lebenswichtigen Betrieben die Arbeit aufgenommen werden sollte, wenn die Truppen sofort räumen und die Inhaftierten freigelassen würden.

19. März. Major Göbel verlangt einen anderen Polizeipräsidenten, was ich natürlich verweigerte. Die Eisenbahner teilen mit, daß sie doch streiken wollen. Der Oberbürgermeister spricht für Arbeitsaufnahme. Die Freikorps verlangen Garantien für die Einhaltung von Versprechungen, die ihnen Kapp und Lüttwitz gemacht hätten (!)

20. März. Telegramm von Innenminister Heine, das meine Absetzung durch Jagow aufhebt. Verhandlungen über eine Amnestie für die Freikorps. Besprechung mit dem von der Regierung neu eingesetzten Generalleutnant Lequis. Beunruhigende Nachrichten über linksradikale Entwicklungen im Bergbaubereich von Waldenburg, wo ich morgen hin will.

(Regierungspräsident Jaenicke erhielt dann am 16. April von der preußischen Staatsregierung die Befehlsgewalt über alle militärischen und zivilen Stellen Niederschlesiens für die Zeit des Ausnahmezustandes.)

1919: Die Diktatfriede von St. Germain und von Versailles

Don Univ.-Dozent Dr. Nikolaus v. Preradovich

Im Vertrauen auf die „14 Punkte“ Wilsons und den in Aussicht gestellten Frieden „ohne Sieger und Besiegte“, ersuchte das Deutsche Reich, dem sich Österreich-Ungarn angeschlossen, am 4. Oktober 1918 um Waffenstillstand. Karl I. versuchte zwölf Tage danach durch ein Manifest, welches die Föderalisierung der zisleithanischen Hälfte der Doppelmonarchie in Aussicht stellte, seine Herrschaft zu retten. Daraufhin erklärte sich Ungarn für selbständig. Das Königreich wäre nur noch durch Personalunion mit den anderen Gebieten der habsburg-lothring'schen Herrschaft verbunden. Als Antwort auf das Waffenstillstandsangebot verlangte der Präsident der Vereinigten Staaten, daß dem Wunsche nach Selbstbestimmung der einzelnen Völker Österreich-Ungarns entsprochen werden müsse. Damit war das Todesurteil über das Vielvölkerreich gefällt. In den folgenden vierzehn Tagen erklärten sich die Tschechen, die Südslawen und die Madjaren für völlig unabhängig. Die Polen unter der Regierung Wiens hatten sich schon vorher mit ihren Landsleuten, die bisher unter preußischer und russischer Herrschaft gestanden waren, vereinigt. Aus diesen Gründen des zunehmenden Todeskampfes konnte man nichts anderes tun, als die Bedingungen Wilsons anzunehmen (27. 10. 1918). Diese lauteten fürs Erste: Demobilisierung, Räumung des Gebietes von Larvis, Südtirol und Istrien, sowie des Kriegshafens Pola. Die reichsdeutschen Truppen mußten das österreichisch-ungarische Staatsgebiet innerhalb von fünfzehn Tagen verlassen (3. 11. 1918).

Da die anderen Völker sich anschickten, ihre eigenen Wege zu gehen, nahmen dieses Recht auch die Deutschen der Monarchie für sich in Anspruch. Die deutsch-österreichische provisorische Nationalversammlung trat zusammen (30. 10. 1918) und teilte Woodrow Wilson die Gründung Deutsch-Österreichs auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker mit. Karl I. „verzichtete auf jeden Anteil an den Regierungsgeschäften“ (11. 11. 1918). Einen Tag danach trat die Nationalversammlung erneut zusammen. Der damalige Staatskanzler und spätere Bundespräsident der Zweiten österreichischen Republik, Karl Renner, erklärte: „Gerade in dieser Stunde, wo es so leicht und so bequem wäre, seine Rechnung abgefordert zu stellen; in dieser Stunde soll unser deutsches Volk in allen Gauen wissen, wir sind ein Stamm und eine Schicksalsgemeinschaft.“ Einen Tag später erklärten die Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien ihren Willen, mit Deutsch-Österreich staatlich zusammenzuleben. Sodann wurde das Gesetz über den Umfang und die Grenzen Deutsch-Österreichs als Bestandteil des Deutschen Reiches beschlossen (22. 11. 1918). Auf Grund des von den Alliierten so laut proklamierten Selbstbestimmungsrechtes der Völker sollte Deutsch-Österreich folgende Gebiete umfassen: Das geschlossene Siedlungsgebiet der Deutschen innerhalb der bisher im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder, d. h.: Die Alpenländer, die beiden Österreich und die deutschbesiedelten Teile von Böhmen, Mähren und Schlesien.

Politik wird — dies wollen wir nie vergessen — nicht durch Mehrheitsbeschlüsse, sondern durch Blut und Eisen gemacht. Die Volksvertreter in Wien konnten soviel beschließen, als sie wollten. Die Macht war auf der Seite der Alliierten und ihrer Mittläufer. Deutsch-Südtirol war „de facto“ schon durch den Waffenstillstand verloren. Die damals deutsche Untersteiermark sollte nach dem Wunsche Belgrads auf kaltem

Wege an das neue Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen kommen. Ein Hilferuf der bedrängten Deutsch-Untersteirer erreichte Präsident Wilson. Für den 27. Jänner 1919 war eine alliierte Kommission angesagt, welche die völkischen Zustände in Marburg überprüfen sollte. So prangte — in Erwartung demokratischer Gerechtigkeit — die Draustadt im Schmucke zahlreicher Fahnen. Eine hoffende Menge von Deutschen erfüllte den Marktplatz. Der serbische Stadtkommandant „General“ Majster ließ seine MGs sprechen. Dreizehn tote und sechzig verletzte Deutsch-Untersteirer bedeckten die Straßen! An dem anderen Ende Marburgs wurde mittlerweile die alliierte Kommission von denselben Serben bewirtet. So ging das deutsche Unterland der Steiermark verloren — längst vor einem Friedensschluß.

Am 4. März 1919 trat das neu gewählte Parlament zusammen. Es bestand aus 72 Sozialdemokraten, 61 Christlichsozialen und 26 Großdeutschen. Die Verfassung wurde angenommen, neuerlich ist „Deutsch-Österreich“ zum Bestandteil der Deutschen Republik erklärt worden.

Den Sudetendeutschen — war im Gegensatz zum Selbstbestimmungsrecht der Völker — die Beteiligung an den deutsch-österreichischen Wahlen verwehrt worden. So wollten die Deutschen aus Böhmen, Mähren und Schlesien wenigstens in friedlicher Demonstration an jenem Tage ihre Stimme erheben, an welchem die neue Volksvertretung in Wien zusammentrat. Alle politischen Gruppen der Deutschen, auch und vor allem die Sozialdemokratie samt dem Gewerkschaftsbund, beteiligten sich an den Kundgebungen. Was im Jänner in der Steiermark, passierte im März im Sudetenland. Tschechisches Militär feuerte in zahlreichen Städten in die ruhigen Demonstrationen. Zweihundfünfzig Deutsche wurden auf der Stelle getötet. Vierundachtzig Verwundete röchelten auf dem Boden jenes Staates, der es verstehen sollte, sich im Kreise seiner alliierten Gönner sehr bald den Ruf eines demokratischen Musterländchens zu erwerben. Von diesen Deutschen, die gegen ihren Willen und gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker unter Anwendung von Waffengewalt in die Tschechoslowakei gepreßt wurden, verlangte man im Herbst 1938 absolute Loyalität gegenüber Prag und bezeichnete sie da und dort als „Landesverräter“, weil sie sich der widerrechtlichen Herrschaft ihrer Zwingherren entledigen wollten!

Um keinerlei Mißverständnisse aufkommen zu lassen, sei der Gang der Geschichte zwischen dem 21. Oktober und dem 12. November 1918 nochmals kurz skizziert: Die deutschen Reichsratsabgeordneten der zisleithanischen Hälfte der Doppelmonarchie bildeten eine vorläufige Nationalversammlung (21. 10.). Sie beschloßen einstimmig, die Deutsche Reichsregierung möge auch die deutsch-österreichischen Interessen wahrnehmen (30. 10.). Der deutsch-österreichische Staatsrat richtet an die Reichsregierung die Bitte, diese möge die Teilnahme Deutsch-Österreichs am Neubau des Reiches baldigst ermöglichen (9. 11.). Der Landesausschuß für Deutschböhmen schloß sich diesem Ersuchen an (10. 11.). Die provisorische deutsch-österreichische Nationalversammlung erklärt: „Deutsch-Österreich ist ein Bestandteil der Deutschen Republik (12. 11.). Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist ein begrüßenswertes Mittel, um dem Gegner im Kriege Schwierigkeiten zu bereiten. Keineswegs

schen Erleben entstanden, versteht darunter die überstaatliche Gemeinschaft der durch die gleiche Abstammung und Sprache, Kultur und Geschichte verbundenen Menschen.

Auf Grund der erstgenannten Auffassung haben die Franzosen das Vorhandensein fremdvölkischer Minderheiten innerhalb des französischen Staatsgebietes stets abgelehnt. Elässer, Bretonen, Katalonier und Blamen, die innerhalb Frankreichs leben, sind nach französischer Ansicht Angehörige der französischen Nation, ihre andere Sprache ist uninteressant, nicht anders zu werten, als irgendeine französische Mundart.

Wenn der schwedische Minister Örenstierna einmal seinem Sohne sagte: „Du weißt nicht, mit wie viel Dummheit die Welt regiert wird“, so könnte er heute diesen Ausspruch dahin ergänzen, Du weißt auch nicht, welchen geringen Wert die Gesetze der Logik in der Weltgeschichte besitzen.

Ein Ministerpräsident und ein Staatspräsident desselben Staates, der den Begriff der Staatsnation am nachdrücklichsten vertritt, Mendes-France und kürzlich De Gaulle, haben bei einem Besuche der französischen Volksgruppe in Kanada sich mit begeisterten Worten zur überstaatlichen französischen Volks- und Kulturgemeinschaft bekannt, der Rektor der französischen Universität Quebeck versicherte im Namen seiner Volksgruppe, wie sehr die Stellung dieser Franzosen von dem Ansehen abhängt, das Frankreich in der Welt genießt. Es ist nicht bekannt geworden, daß dieses Bekenntnis irgendwo zu einem Zweifel an der Staatstreue der französischen Kanadier geführt hat. Auch die Volksverbundenheit aller Deutschen mit allen sich daraus ergebenden Bindungen kann daher für die österreichische Staatlichkeit keine Gefahr bedeuten.

Zur bequemeren Unterscheidung der drei politischen Gruppen in Österreich mag es genügen, sie als sozialistisch, christlich und national zu bezeichnen. Unrichtig wäre es aber, hieraus folgern zu wollen, daß sozialistische, christliche oder nationale Gesinnung nur innerhalb des Rahmens der eben genannten Parteien möglich ist.

Es ist keineswegs eine Charakterlosigkeit, einer dieser Parteien anzugehören, aber auch eine Gesinnung in sich zu tragen, die als Kennzeichen einer anderen Partei gebraucht wird. Deutsche und christliche Gesinnung schließen sich ebensovienig aus, wie deutsche und sozialistische, weil die genannten drei Geistesrichtungen ganz verschiedene Vorstellungsbereiche erfassen, die eine die Stellungnahme zu den letzten Dingen des menschlichen Lebens, die andere die wirtschaftliche Organisationsform und die dritte die Verbundenheit mit dem eigenen Volke. Die Südtiroler Deutschen, die in den Einrichtungen der katholischen Kirche eine starke Stütze in ihrem Kampfe um die Erhaltung ihres Volkstumes finden, die sozialdemokratischen Arbeiter im Rhein- und Ruhrgebiet zur Zeit der Besetzung durch die Franzosen, bieten klare Beweise, daß echtes nationales Empfinden von der Zugehörigkeit zu einer bestimmten politischen Partei unabhängig ist.

Es führt daher zu falschen Schlüssen, wenn man von einem „nationalen Lager“ spricht und dabei nur die Angehörigen nationaler Verbände und Parteien ins Auge faßt. Dr. Csoklich weiß sehr genau, daß gerade in Graz sehr maßgebende Angehörige der Volkspartei und der sozialistischen Partei sich als Deutsche bekannt haben. Sollte er also nationale Gesinnung, den Ausdruck der Zugehörigkeit zum deutschen Volke, als „Relikt“ bezeichnen, so müßten sich

ELEKTROHAUS **ERICH NEMEC** Innsbruck, A. Hofer-Straße 12

Fernseher, Radio- und Tonbandgeräte
Elektroherde, Waschmaschinen, Kühlschränke
Eigene Servicewerkstätten!

Fabrikslager für Beleuchtungskörper

ihm politisch sehr nahestehende Personen an der Entrümpelungsaktion beteiligen.

Die Geschichte jeder politischen Bewegung hat die Gefahr aufgezeigt, in der sie sich — einmal zur Macht gelangt — befindet. Die Machtgier, der Wunsch nach Alleinherrschaft, nach Totalität hat jede Richtung in Versuchung geführt, auch in der zweiten Republik. Daß sie dieser Versuchung unterlegen sind und auch heute noch erliegen, ist ein Beweis für die Unvollkommenheit der Menschen, nicht aber für die Unrichtigkeit der Ideen, die sie vertreten.

Noch ein Wort zu der vom Verfasser aufgeworfenen Frage, ob wohl das nationale Lager sein Bekenntnis zu Österreich in der Stunde der Gefahr bewahren werde: er hält es für einen beachtlichen Fortschritt, daß im christlich-sozial-konservativen Lager ebenso wie im sozialistischen das ideologische Moment immer mehr zurückgedrückt wird und die wirtschaftlichen Interessen weitaus im Vordergrund stehen.

Ob dieser Zustand wirklich zu begrüßen ist? Der Proporz als unser gesamtes staatliches Leben beherrschender Grundsatz, der auch die Auswahl des Berufes und des politischen Bekenntnisses in den Dienst des Geschäftes gestellt hat und damit bereits in unserer Jugend die ideologischen Wurzeln abtötet, die immer wieder emporgetriebene Steigerung der Lebenshaltung, als Wahlparole der beiden herrschenden Parteien, das Fehlen des Wehrwillens in der Bevölkerung eines Staates, der in gefährdetster Lage in jedem der benachbarten kommunistischen Staaten einen möglichen Gegner erblicken müßte und trotzdem die lächerlichen für militärische Zwecke auszugebenden 4 % der Staatsausgaben für dieses Jahr nicht nur nicht erhöht, sondern um 300 Millionen herabgesetzt hat, ein Mehrheitspolitiker, der für diese Tat noch allgemeine Zustimmung der österreichischen Bevölkerung erhofft „...“ glauben unsere Staatsführer ernstlich, daß auf diesem Wege die Staatsbürger in der Stunde der Gefahr, gleichgültig welcher Art, zu einer Opferbereitschaft befähigt sein werden? Eine solche Stunde wird für die gesamte Bevölkerung Österreichs eine harte Probe sein.

Dr. Csoklich hat dem nationalen Lager einen schlechten Rat gegeben, wenn er ihm die Aufgabe ideologischer zu Gunsten wirtschaftlicher Interessen empfiehlt. Tiefer kann das politische Leben eines Staates nicht mehr sinken, als wenn an Stelle des Ringens um Ideen der Ruhhandel um Erlangung materieller Vorteile tritt. Angesichts dieser Sachlage steht das nationale Lager vor der Aufgabe, eine Dase in der öden Welt der Materialismus und Kollektivismus zu bleiben und an diesen Grundsätzen festzuhalten, auch wenn sie nicht mehr als zeitgemäß erscheinen. Es wird eine immer wieder zu lösende Aufgabe sein, wie diese Grundsätze im Wandel des politischen Lebens durchgesetzt werden können. Man kann hiebei ihren und wird jedenfalls Kritik des Gegners herausfordern. Die Grundsätze selbst aber bleiben unverändert, solange eine nationale Bewegung in Österreich vorhanden ist. In dieser Hinsicht gibt es für uns „keine Problematik des nationalen Lagers“.

dachte man im alliierten Lager daran, dieses so enthusiastisch proklamierte Recht auch den Deutschen zugute kommen zu lassen. Man stellt doch keine Forderungen auf, um damit — dem Gegner zu nützen! Vor allem Frankreich war fest entschlossen, die Vereinigung der beiden deutschen Staaten zu verhindern. Österreich und Ungarn wurden als die Nachfolger der Doppelmonarchie erklärt. Sie zählten damit zu den Besiegten, die bekanntlich zu allen Zeiten zu bezahlen haben. Alle übrigen Völker des verflochtenen Österreich-Ungarn, allen voran die Tschechen, gehörten zu den Siegern und mußten für ihre Verdienste belohnt werden.

Der Diktatfriede von St. Germain wurde am 10. September 1919 unterzeichnet und am 5. November 1919 ratifiziert. Er trat am 16. Juli 1920 endgültig in Kraft. Das Diktat bestand aus 14 Teilen mit 381 Artikeln. Die wichtigsten Bestimmungen waren: Die Trennung zwischen Österreich und Ungarn wird beibehalten. Böhmen, Mähren, Österreichisch-Schlesien, ohne Teschen, und der nördliche Teil des Königreichs Ungarn werden zu einer neuen Republik, der Tschechoslowakei, vereinigt. Südtirol bis zum Brenner mit Bozen und Meran, damals 236.000 Deutsche und 47.000 Italiener, fällt an Italien, welches außerdem noch die Küstenlande, Triest, Istrien, Teile von Kärnten, Krain und Dalmatien erhält. Die gesamte Südsteiermark, dazu Krain, Kroatien, Slawonien, Bosnien, Herzegowina und zahlreiche ungarische Komitate kommen an Serbien, welches zu einem neuen Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen umgestaltet werden soll. Galizien wird mit Polen vereinigt. Deutsch-Österreich bestand somit aus den beiden Österreich, Steiermark, Kärnten, Tirol, Vorarlberg, Salzburg und dem in Aussicht gestellten Burgenland, welches die deutschbesiedelten westungarischen Gebiete umfaßte. Ödenburg wurde ausdrücklich, wohl um einen Zankapfel zwischen den beiden Staaten zu werfen, Österreich zugesprochen.

Das Land sollte nach dem Vorbild der Schweiz ein Bundesstaat sein, dem laut Artikel 188 sowohl der Zusammenschluß mit dem Deutschen Reich, als auch die Bezeichnung „Deutsch-Österreich“ untersagt wurde. Die Sieger hatten ihren Willen durchgesetzt. Wer hätte auch daran zweifeln können? Wo die Macht ist, findet sich mit stets wiederkehrender Regelmäßigkeit auch ein passendes „Recht“. Die Anschlußerklärung durch die provisorische und die Bestätigung dieses Willens durch die gewählte Nationalversammlung (12. 11. 1918 und 4. 3. 1919) konnte die Franzosen ebenso wenig rühren, wie die im Frühjahr 1921 abgehaltenen Volksabstimmungen in Tirol und Salzburg. In Tirol stimmten 98,8 v. H., in Salzburg 99,3 v. H. der

Bevölkerung für den Zusammenschluß mit Deutschland. Aus einer europäischen Großmacht war ein Kleinstaat geworden. Der Anschluß wurde verboten. So trat der „Staat wider Willen“ seinen Gang in die Geschichte an.

Am 9. November 1918 gab der Reichskanzler, Prinz Max von Baden, die Thronentsagung Wilhelms II. und des Kronprinzen bekannt. Tatsächlich wurde der Verzicht erst neunzehn Tage später unterzeichnet! Wilhelm II., Deutscher Kaiser und König von Preußen verließ sein Hauptquartier und begab sich ins Exil nach den Niederlanden (10. 11. 1918). Gleichzeitig bildete sich in Berlin der „Rat der Volksbeauftragten“. Wieder einen Tag später wurde der Waffenstillstand abgeschlossen, der einen gewissen Vorgesmack des kommenden Friedens vermittelte. Es wurde verlangt: Räumung der besetzten Gebiete Frankreichs, Belgiens, Luxemburgs und Elsaß-Lothringen innerhalb von 14 Tagen. Abgabe großer Mengen von Kriegsmaterial und Verkehrsmittel. Räumung des linken Rheinufers, das von den Alliierten besetzt wird, einschließlich der Brückenköpfe von Mainz, Köln und Koblenz. Bildung einer neutralen Zone 10 Kilometer rechts des Rheines. Unverzügliche Rückbeförderung aller Kriegsgefangenen, ohne das Recht auf Gegenseitigkeit. Verzicht auf die Friedensinstrumente von Brest-Litowsk und Bukarest. Rückführung der deutschen Truppen aus dem Osten und Südosten hinter die Grenzen von 1914. Allein auf russischem Gebiete sollte das Deutsche Heer noch stehen bleiben. Man fürchtete im Westen den Bolschewismus und wollte daher die Deutschen Truppen bis zu einem Zeitpunkt dort lassen, „welcher für die Abberufung günstig erschiene“. Ablieferung aller U-Boote, Abrüstung und Kontrolle der Deutschen Hochseeflotte. Übergabe von 2.000 Jagd- und Kampfflugzeugen. Der Waffenstillstand war vorerst auf 36 Tage befristet. Das Deutsche Reich war damit — ohne jede Möglichkeit der Gegenwehr — seinen Gegnern in die Hände gegeben.

Am 18. Jänner 1919 trat im Spiegelsaal zu Versailles die „Friedenskonferenz“ zusammen. Achtundvierzig Jahre zuvor hatte unter demselben Datum und an demselben Ort Otto v. Bismarck das Deutsche Kaiserreich begründet. Es versammelten sich 70 Delegierte aus 27 Siegerstaaten. Ein Vertreter Deutschlands war nicht geladen worden. Von den „14 Punkten“ Wilsons war nur noch wenig die Rede. Man einigte sich nach gutem, altem Brauch darüber, dem Besiegten das Fell über die Ohren zu ziehen. Die Vollversammlung hatte wie meist untergeordnete Bedeutung. Wichtiger waren die Sitzungen des Rates der „Großen Zehn“, je zwei Vertreter Großbritan-

Volkswagengroßhändler für Tirol



Autohaus VOWA O. H. G.

INNSBRUCK

Kundendienst Hallerstraße 165 Ersatzteillager
Telefon 83-96 Serie

Ausstellungsraum: Erlerstraße 17 - Telephon 41-57

die neue Portable

Ihr Traum...

S 2.350.-
mit Zippertasche



Remington

*in allen Maschinen
der Austrian Airlines*

Graz, Heinrichstraße 23, Tel. 31-4-62 u. 31-4-64

niens, Frankreichs, der Vereinigten Staaten, Italiens und Japans. Die Entscheidungen aber wurden von den „Großen Vier“ getroffen: Clemenceau, Lloyd George, Wilson und Orlando. Aufs Ganze gesehen, setzte jedoch der französische Ministerpräsident Georges Clemenceau seinen Willen durch. Er war entschlossen, Deutschland so sehr zu schwächen, als dies irgend möglich war. Seine Politik der „Revanche und Sicherheit“ führte mit jener Folgerichtigkeit, die die Geschichte auszeichnet, zu dem vollständigen Zusammenbruch Frankreichs wenig mehr als zwei Jahrzehnte nach dem „Triumph“ von Versailles.

Die Verfassung des „Völkerbundes“ wurde in den Diktatfrieden eingebaut (29. 4. 1919). An demselben Tag traf die deutsche Delegation unter Graf v. Brockdorff-Rantzau ein. Eine Woche danach überreichte man den deutschen Vertretern die Friedensbedingungen (7. 5. 1919). Brockdorff versuchte in mehreren Notizen Erleichterung zu erlangen. Zu mündlichen Ausprachen wurde er nicht zugelassen. In der „Mantelnote“ übergaben die Alliierten die endgültige Fassung des Diktates von Versailles (16. 6. 1919). Das einzige Zugeständnis war es, daß in Oberschlesien abgestimmt und nicht abgetreten werden sollte. Mit der Mantelnote wurde ein Ultimatum überreicht. Graf Brockdorff war gegen die Unterzeichnung. Die Mehrheit des Kabinetts in Berlin entschloß sich jedoch für die Annahme. Daraufhin stellte der Graf seinen Posten zur Verfügung (20. 6. 1919). Die Regierung Scheidemann trat zurück und wurde durch das Kabinett Bauer abgelöst.

Mittlerweile stand Marschall Foch an den Ufern des Rheins. Er hatte von den alliierten und assoziierten Mächten den Befehl erhalten (20. 6. 1919) am Abend des 23. laufenden Monats den Vormarsch zu beginnen, wenn Deutschland bis dahin die Bedingungen des Diktatfriedens nicht angenommen hätte. Die Deutsche Nationalversammlung gab zuletzt dem alliierten Druck nach. 237 Stimmen wurden unter Protest für die Annahme, 138 (der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen Volkspartei und der Demokraten) gegen diese abgegeben. Die Unterzeichnung des Diktates erfolgte im Schlosse von Versailles (28. 6. 1919). Als deutsche Vertreter setzten der Reichsaußenminister Müller und der Reichswirtschaftsminister Bell ihre Unterschriften unter das Dokument.

Das Diktat umfaßte 15 Teile mit 440 Artikeln. Das Landheer wurde auf 100.000 Mann festgesetzt. Es sollte nur zur Erhaltung von Ruhe und Ordnung im

Innern des Reiches und als Grenzpolizei dienen. Die Marine, 1.500 Offiziere und 15.000 Mannschaften, durfte nur aus je 6 Linien Schiffen und kleinen Kreuzern, je 12 Zerstörern und Torpedobooten bestehen. Keine U-Boote, Flugzeuge und Panzer waren zugelassen. Artikel 80 spricht das Verbot des Anschlusses Deutsch-Osterreichs an das Reich aus. Die Befähigungskosten der alliierten Heere hat Deutschland zu tragen. In der Zeit vom 11. November 1918 bis zum 30. April 1921 belief sich diese Summe auf 3.640 Millionen Goldmark. Deutschland verlor von seiner jährlichen Förderung: 4 % Kali, 7,7 % Bleierz, 28,3 % Steinkohle, 74,8 % Eisenerz und 75 % Zinkerz. Die Ausfälle der jährlichen Ernte betrugen: 9,6 % Hafer, 12,6 % Weizen, 17,2 % Gerste, 18,2 % Roggen und 19,7 % Kartoffel. Insgesamt verlor das Reich 73.485 Quadratkilometer mit 7.325.000 Einwohnern, dazu alle Kolonien.

Der Angelpunkt des „Vertragswerkes“ ist der Artikel 231. Dieser führt aus: „Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde, erlitten haben.“ Auf diese „erwiesene und anerkannte“ deutsche Kriegsschuld sind alle Bestimmungen des Diktates aufgebaut. Der amerikanische Historiker H. Luz schreibt in seinem Werke: „Verbrechervolk“ im Herzen Europas? Was die Kriegsschuld anlangt, so glaubten die Alliierten 1919, daß sie reichliches Material dafür besäßen. Dessen Gültigkeit wurde aber später von so anerkannten Autoritäten wie G. P. Gooch und S. B. Fay widerlegt. Hunderte von Geschichtsforschern haben diesen Befund bestätigt. W. Arnold-Foster schrieb 1933: „Man kann die Bürde von der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands unmöglich vertreten“. Seton-Watson, den niemand für prodeutsch eingestellt halten wird, erklärte 1938, daß die Anklage der ausschließlichen Kriegsschuld absurd und unhaltbar sei. Weit deutlicher als die beiden eben zitierten Gelehrten drückt sich ein amerikanischer Politiker aus. Philander C. Knox, Generalstaatsanwalt unter Präsident McKinley (1901–1904), später Staatssekretär, also Außenminister, unter Präsident Taft (1909 bis 1913) betonte schon im Jahre 1919: „Der Vertrag ist eine Anklage gegen die, die ihn entworfen haben. Er ist ein Verbrechen gegen die Zivilisation.“

Was aber sagte Winston Churchill nachträglich über das Diktat von Versailles? In einem belehrenden Kapitel seiner Erinnerungen schreibt er unter der Überschrift „Die Torheiten der Sieger“: „Eine kluge Politik hätte die Weimarer Republik mit einem verfassungsmäßigen Souverän in der Person eines Enkelkinds des Kaisers unter einem Regentschaftsrat gekrönt und gefestigt. Statt dessen wurde im nationalen Leben des deutschen Volkes eine klaffende Leere geöffnet und in diese Leere schritt ein Manischer wilder Genies — der Befreite Adolf Hitler.“

Spezialhaus für
**STRÜMPFE
WÄSCHE
HERRENHEMDEN
STRICKWAREN
HANDSCHUHE**

PROKOP

Graz, Herrengasse 2 (Rathaus)
Appell-Kundenkredit

Vor 40 Jahren:

Masaryk — Die Todesspinne Österreichs

Am 3. September d. J. waren es zehn Jahre, daß Doktor Edvard Beneš starb. Der Tschechoslowakei ist ihr bolschewistisches Los von heute unmittelbar durch Dr. Beneš verursacht worden. Mittelbar ist ihr Schicksal die Folge der Zerstörung Österreichs. Auch dafür war Beneš der Miturheber, und zwar als der blinde Gefolgsmann Masaryks, der das Spinnennetz der Zerstörung wob.

Einem ganz hervorragenden politischen Journalisten, dem Deutschamerikaner Robert Ingram, verdanken wir eine ungemein fesselnde Darstellung der politischen Irrgänge Europas von der französischen Revolution bis zur Potsdamer Konferenz in dem Buch „Von Talleyrand zu Molotow“ (Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart 1951). In diesem Buch handelt ein Kapitel, „Die Falle“, davon, wie Masaryk Wilson bekehrte. Diese Darstellung ist wahrlich weitestgehend Kenntnis wert. Wir geben sie auszugsweise — mit von uns eingefügten Zwischentiteln — wieder.

Die Wilsontragödie

Wenn man von der „Wilsontragödie“ spricht, meint man gewöhnlich die Tatsache, daß der Vater des Völkerbundes seine eigene Nation nicht von dessen Nützlichkeit überzeugen konnte. Die „Wilsontragödie“ als Welttragödie war aber ein ganz andersgeartetes Trauerspiel. Es bestand darin, daß Wilson, nachdem er sein Land in den Krieg geführt hatte, seinen Grundsatzen untreu wurde. Man muß zugeben, daß Wilson, um seine Nation mit Kriegsbegeisterung zu erfüllen, schwerlich hätte sagen können: „Wir sind genötigt, in diesen Krieg zu ziehen, weil ein deutscher Sieg über England unsere Sicherheit gefährden würde.“ Wilson hatte andere Schlagworte zu verwenden: für Demokratie, für ewigen Frieden, gegen veraltete Kronen. Das Böse war, daß er sich in der eigenen Schlinge verfangen.

Viele halfen ihm dabei. Hervorragend unter ihnen war ein Tscheche, Thomas G. Masaryk. Auch er fühlte nach seinem Triumph das Bedürfnis, sich zu brüsten, und so gab er eine gute Schilderung seiner Manöver. Der Titel seines Buches war nicht „Wie ich Wilson bekehrte“, sondern „The Making of a State“.

Die treibende Kraft in Masaryk war höchst gesteigerter Nationalismus von wahrhaft explosiver Art. Obwohl von niederer Geburt, wurde er schon als junger Mann von der österreichischen Regierung zum Professor an der Wiener Universität ernannt, und als er gegen Ende 1914 Österreich verließ, war er einige Jahre der Führer und einzige Abgeordnete der tschechischen Fortschrittspartei gewesen. Er ging ins Ausland mit einem durchaus persönlichen Plan. Nicht zufrieden damit, daß Österreich sich in eine Föderation seiner Volksgruppen verwandle und daß Böhmen gleiche Vorrechte bekomme wie Ungarn, strebte er volle Staatshoheit für sein kleines Volk an. Im Gegensatz zu den Polakken unter seinen Landsleuten setzte er nicht alle Hoffnungen auf Rußland und richtete daher seine ersten Schritte westwärts.

Masaryk begegnete Wilson nicht vor dem 19. Juni 1918, aber in den wenigen Monaten seines amerikanischen Aufenthaltes erreichte er mehr als in den Jahren, die er in Frankreich, England und Rußland zugebracht hatte. Er schob beiseite, was sich als Hindernis gegen Balkanisierung des Donaugebietes aufstellte.

Aus der Kette der Rückschläge

Bei Beginn des großen Weltbrandes hatte Großfürst Nikolaus, der Oberkommandant der russischen Heere, eine Kundgebung an die Völker Österreichs erlassen, die Masaryk bitter enttäuscht hatte, weil darin von der „Befreiung“ der Tschechen gar nicht die Rede gewesen war. Die zaristische Politik war nämlich rein imperialistisch, sie benützte und verwarf den Panlawismus, wie es gerade paßte.

Am 21. Dezember 1916 fragte Präsident Wilson alle Kriegführenden um ihre Kriegsziele. Die Antwort der Alliierten vom 12. Jänner 1917 enthielt die Forderung: „Befreiung der Italiener, Rumänen, Slawen und Tschecho-Slowaken von fremder Herrschaft.“ Das war ein merkwürdiger Satz, denn von Slawen und Tschecho-Slowaken zu reden, war, wie wenn man von Bäumen und Viehbäumen spräche. „Tschecho-Slowaken“ war etwas von Masaryk erfundenes Finkelnagelneues, denn Tschechen und Slowaken redeten verschiedene Sprachen und waren niemals in der Geschichte vereinigt gewesen. Im Unterhaus wurde die britische Regierung gefragt, ob sie die von „Tschecho-Slowaken“ bewohnte Gegend angeben könne, und die Antwort war nein. Unter den Tschechen daheim erregte es lebhafteste Empörung, daß sie als Volk unter fremder Herrschaft erwähnt worden waren.

Am 30. Dezember 1916 wohnten alle tschechischen Parteiführer als Ehrengäste der Krönung des Kaisers Karl zum König von Un-

garn bei. Clam-Martinič, selbst ein Tscheche, wurde von denselben Parteien ersucht, ihnen eine Audienz beim Kaiser zu beschaffen. „Wir wollen dem Kaiser sagen, daß wir immer bei ihm und seinen Nachfolgern stehen werden; daß unsere Beschwerden niemals unsern Glauben erschüttert haben, daß nach dem Sieg die Forderungen des tschechischen Volkes Genugtuung im Rahmen des Reiches und unter der Krone Habsburgs finden werden.“

Die erwähnten Forderungen waren Föderalisierung, nicht Trennung. Noch ein anderer Hieb traf Masaryk. Im Juni 1917 trat in Stockholm, der Hauptstadt Schwedens, eine Konferenz der Sozialistischen Internationale zusammen. Bei dieser Gelegenheit äußerten die tschechischen Sozialdemokraten ihr Verlangen nach „einem unabhängigen tschechischen Staat innerhalb eines föderierten Österreich-Ungarn“. Sogar sie verzweigten sich dem Kriegsgefahr Masaryks: Zerstört Österreich!

Die Geburt der „Legion“

Ein wahrer Staatsmann ist nie entmutigt. Masaryk schlug vor, unter den Kriegsgefangenen eine tschechische „Armee“ zu rekrutieren. Großbritannien und Amerika willfahrten niemals diesem Wunsch. In Frankreich und Italien hatte er schließlich im letzten Kriegsjahr Erfolg, als seine Auslandsgruppe als vorläufige Regierung anerkannt worden war. Alles in allem blieb der tschechische Beitrag zum Krieg an der Seite der Alliierten mikroskopisch, aber sein Propagandawert war groß.

Nur in Rußland gab es eine beträchtliche Zahl tschechischer Gefangener, aber gerade dort stieß Masaryk auf den stärksten Widerstand. Die Tschechen, die sich zum Dienst gegen ihr Vaterland meldeten, wurden von den Frontkommandanten mit offener Verachtung behandelt, und die Regierung, die Österreich außerhalb der Balkanhalbinsel am Leben erhalten wollte, billigte es. „In den Kriegsgefangenenlagern“, schrieb Masaryk, „waren unsere Burden ständig gezwungen, die Ohren dem Vorwurf zu verschließen, daß sie Franz Joseph Treue geschworen hatten und daß sie so wie ihn ebenso den Jaren verraten würden.“

Erst nach der Revolution gelang es Masaryk, das russische Eis zu brechen. Das Kerenskieregime, das den Bolschewiken voranging, gestattete die Aufstellung einer tschechischen Legion. Die Mehrheit — eine recht große Zahl, schrieb Masaryk — hielt sich fern, aber schließlich hatten sich 40.000 in die Listen eingetragen. Der Krieg war bereits so gut wie vorbei, und Masaryk machte sich keine Illusionen über ihre Beweggründe: „Nicht alle von ihnen wurden durch patriotische Begeisterung veranlaßt, sich uns anzuschließen... Wären sie nach Hause gegangen (nämlich nach dem russisch-österreichischen Sonderfrieden von Brest-Litowsk, so wären sie wieder in die österreichische Armee gesteckt worden.“

Der Sieg der Bolschewiken setzte dem Flirt Masaryks mit Kerenski ein Ende, und dennoch sollte sein Weizen auf dem blutgetränkten Boden des russischen Bürgerkrieges blühen. Die Sowjets waren ihm noch immer lieber als die Diplomaten des Jaren. Diese hätten sich seinem Programm auf der Friedenskonferenz widersetzt, während die Roten sich fernhielten. Unter den Alliierten waren die Russen die natürlichen Sachverständigen für die östliche Hälfte Europas gewesen. Nun waren sie gegangen, und Masaryk hielt sich bereit, den leeren Sitz einzunehmen.

Die Geheimpakete der Alliierten

Der Widerstand der europäischen Alliierten gegen seinen Plan machte ihm nicht allzuviel Sorge. Anders als Wilson war er wohl vertraut mit den Ergebnissen der Hintertreppendiplomatie. Er wußte, daß England und Frankreich am 18. März 1915 zugestimmt hatten, daß Rußland seine Hand auf Konstantinopel lege. Am 26. April 1915 hatten sie Italien Südtirol und die Hälfte von Österreichisch-Dalmatien versprochen. Am 17. August 1916 hatten sie durch einen anderen Geheimvertrag den Rumänen auf Kosten Ungarns Siebenbürgen und den Banat zugesagt und die österreichische Bukowina. Am 12. Februar 1917 hatte Rußland den Franzosen die Rheingrenze zugesichert, und Frankreich hatte Rußland Österreichs und Deutschlands polnische Provinzen zugesprochen. Die Geheimverträge mit Rußland waren durch dessen Abfall kraftlos geworden, aber die Zusagen an Italien, Rumänien und Serbien füllten Masaryks Herz mit der Gewißheit, daß, soweit es auf die europäischen Alliierten ankam, Österreich-Ungarn auf jeden Fall zur Aufteilung verurteilt war. Nur ein Mann war übrig, vor dem er ernstlich Angst hatte, und das war der amerikanische Präsident.

Die Entscheidung liegt bei Wilson

Am 8. Jänner 1918 hatte Wilson seine Vierzehn Punkte verkündet. Der zehnte lautete wie folgt: „Den Völkern Österreich-Ungarns, dessen Plak unter den Nationen wir verbürgt und gesichert zu sehen wünschen, sollte die freieste Möglichkeit autonomer Entwicklung zugestanden werden.“ Am gleichen Tag bezog sich der Präsident in seiner Botschaft an den Kongress auf Premierminister Lloyd Georges Erklärung vom 5. Jänner 1918, daß „die Zerstörung Österreich-Ungarns nicht ein britisches Kriegsziel sei“. Einen Monat

vorher hatte Wilson selbst im Kongreß gesagt: „Wie schulden es uns selbst, zu erklären, daß wir die österreichisch-ungarische Monarchie weder zu schwächen, noch umzuformen wünschen.“

Masaryk hat mit großem Freimuth beschrieben, wie er vorging, um Wilson umzustimmen. „In Amerika wie anderswo war es schwer, die Leute von der Notwendigkeit zu überzeugen, Österreich-Ungarn zu zerbrechen... Österreich wurde allgemein als ein Gegengewicht gegen Deutschland angesehen, als eine notwendige Organisation kleiner Völker und Völkerzypen und als Schutz gegen Balkanisierung.“ Es muß in der Tat eine harte Aufgabe gewesen sein, dieses klare und logische Denken zu vernebeln!

Masaryks ärgste Belastung war die Ablehnung seiner Politik durch sämtliche tschechische Parteien in der Heimat. „Die Verleugnung, die wir im Januar 1917 erlitten hatten, wurde uns stets ins Gesicht geworfen, da sie Wilsons Ansicht zu bestätigen schien.“ Noch gefährlicher war der günstige Eindruck, den Kaiser Karls Haltung erweckte. Im Februar 1917 hatte er sich erweicht, auf deutschen Wunsch die diplomatischen Beziehungen zu Amerika abzubauen. Er hatte mehrere Friedensangebote gemacht, und man fühlte, daß er einen Sonderfrieden erwäge.

Masaryk begann sogleich, den Präsidenten zu bearbeiten:

„Ich unterstreiche das schäbige Benehmen Kaiser Karls gegenüber seinem deutschen Verbündeten, indem ich daran erinnere, daß bald nach Kriegsbeginn Deutschland Österreich vor den Russen errettet hatte... Dennoch hätten die Habsburger Deutschland in den Rücken gestochen.“

„... bald gab der Präsident zu, daß sich die Habsburger unehrenhaft benommen hätten... Auf den Einwand, daß Kaiser Karl und seine Regierung den österreichischen Völkern und besonders uns Tschechen Zusagen gemacht hätten, war unsere Antwort, daß sie unaufrichtig seien.“

Ein hübscher Einblick in die Hexenküche Masaryks! Er enthüllt ohne Scheu seine Arbeitsweise:

„In meinem ganzen Propagandawerk im Ausland suchte ich die Staatsmänner vorerst durch öffentliche Erklärungen, Aufsätze und Interviews zu beeinflussen; und bevor ich den Präsidenten traf, sah ich eine Anzahl von Leuten, die er gewohnt war zu treffen und die einen gewissen Einfluß auf ihn hatten. Gespräche mit Leuten, deren Geist so präpariert ist, sind natürlich fruchtbarer und nehmen weniger Zeit...“

Masaryk erkannte die Wahrheit des Bismarckwortes, daß „jeder Mann die Summe seiner Fähigkeit minus seiner Eitelkeit ist“. Er schmeichelte dem Präsidenten: „Da ich die Reden des Präsidenten sorgfältig las, war ich imstande, Teile davon zur Unterstützung meiner Behauptungen anzuführen.“

Vielleicht hätte Masaryk all seine beträchtlichen Künste umsonst spielen lassen, wenn er nicht imstande gewesen wäre, zwei Kaninchen aus seinem schwarzen Filzhut hervorzuzaubern. Eines war slowakisch, das andere sibirisch.

Das slowakische Kaninchen

Es wurde in Pittsburg in Pennsylvania geboren. Der stärkste Einwand gegen Masaryks großen Plan war natürlich, daß weniger als sieben Millionen Tschechen keinen lebensfähigen Staat darstellen würden, selbst wenn man ihnen erlaubte, dreieinhalb Millionen Deutsche zu verschlucken, um die geschichtlichen Grenzen des königreichen Böhmen zu bewahren. Um diesem Einwand zu begegnen, erfand Masaryk das Märchen, daß Tschechen und Slowaken eins seien, nämlich Tschecho-Slowaken, und damit forderte er einen großen Teil Ungarns für seinen neuen Staat. Da diese Entdeckung auf die Alliierten keinen Eindruck machte, bewarb er sich um die Hilfe der Amerikaner slowakischer Abkunft. Diese hatten keine Liebe für die Madjaren, die ihnen, treu der Überlieferung Kossuths, des liberalen Nationalisten, nicht gegeben hatten, was ihnen gebührte; also begünstigten sie den Gedanken, die Slowakei von Ungarn loszulösen. Allerdings, genug geschichtsbewußt, lehnten sie nachdrücklich die Theorie von der „tschecho-slowakischen Rasse“ ab. Das Ergebnis von Masaryks Verhandlungen mit den amerikanischen Slowaken war am 30. Juni 1918 das Abkommen von Pittsburg. Masaryk schrieb darüber im Jahre 1925:

„Es wurde abgeschlossen, um eine kleine slowakische Gruppe zu beruhigen, die von weiß Gott was für einer Art Unabhängigkeit für die Slowakei träumte... Ich unterschrieb die Konvention ohne Zögern als eine örtliche Verständigung zwischen amerikanischen Tschechen und Slowaken über die Politik, die sie bereit waren zu befürworten.“

Das ist, was Masaryk im Jahre 1925 schrieb, nach der Gründung seines Staates, um die Forderung der Slowakei nach Autonomie zurückzuweisen. Im Jahre 1918 spielte er eine ganz andere Weise. Er stellte dem Präsidenten das Abkommen als einen feierlichen tschecho-slowakischen Vertrag vor und veranlaßte ihn dadurch, die tschecho-slowakische Union und ihre vorläufige Regierung anzuerkennen.

Das sibirische Kaninchen

Das sibirische Kaninchen war noch wirkungsvoller. Ich habe bereits erwähnt, daß nach der russischen Revolution tschechische Kriegsgefangene das Recht erhielten, eine „Legion“ zu bilden. Als Lenin an Kerenskis Stelle getreten war, wurde diese Erlaubnis widerrufen, aber Murawow, der bolschewistische Befehlshaber in der Ukraine, gewährte der Legion das Recht freien Abzugs. Den Tschechen wurde der kurze Weg über Murmansk und Archangelsk angeboten, von wo britische Schiffe sie nach dem Kriegsschauplatz in Frankreich gebracht hätten. Aber die Tschechen hatten keine Sehnsucht zu kämpfen und hatten Angst vor deutschen U-Booten. Darum zogen sie den langen Weg über Sibirien nach Wladiwostok vor.

Nach Lenins Sonderfrieden waren die Bolschewiken bei den Westmächten mehr verhaßt als die Deutschen. Gegenaktionen wurden in Bewegung gesetzt. Die Vereinigten Staaten sandten 8000 Mann über den Stillen Ozean, und die Japaner rückten in die russischen Seeprovinzen ein, mit Genuß und 70.000 Mann. Die tschechische Legion schien dazu bestimmt, die Vorhut des antibolschewistischen Kreuzzugs zu sein, dessen Ziel war, Rußland in den Krieg gegen die Mittelmächte zurückzutreiben.

Die Tschechen aber empfanden dieses Angebot als lästige Beheligung. Ihre Politik war, wie ihre Wortführer sagten, „die Eisenbahn und nach Hause zu gehen“. Sie hatten dem Krieg Lebwohl gesagt und wünschten, daß das endgültig sei. Sie waren nicht daran interessiert, gegen die Bolschewiken oder irgend jemand anderen zu kämpfen. Sie wollten Eisenbahnstationen, Eisenbahnwagen, Verkehr und Nahrung. Zu diesem Zweck besetzten sie Verkehrszentren in Sibirien und erzählten den Alliierten, daß sie es getan hätten, um die Roten aufzuhalten. Sie eigneten sich 20.000 Eisenbahnwagen an, etwa die Hälfte des rollenden Materials der Sibirischen Eisenbahn. Sie kämpften ein kleines bißchen, und als die Bolschewiken ihre anfängliche Unordnung überwunden hatten, fuhrten die Tschechen ostwärts.

Die Amerikaner bekamen natürlich nicht den letzten Willen des Obersten Shwets zu Gesicht, des Legationskommandanten, der am 5. Oktober 1918 Selbstmord verübte:

„Ihr verweigert den Gehorsam allen Regeln der Ordnung und Mannszucht; ihr zerstört den Charakter des tschechischen Soldaten. Ich kann die Schmach nicht überleben, die unsere Armee befallen hat durch die Schuld zahlreicher, zügelloser, fanatischer Demagogen, die in sich selbst und in uns den höchsten Wert getötet haben: die Ehre.“

Im November 1918 übernahm Admiral Alexander Koltshak das Oberkommando über die antibolschewistischen Streitkräfte, und die Alliierten bestanden darauf, daß die Tschechen haltmachen und dem „Regenten“ Waffenhilfe leisten sollten — sonst würden sie keine Schiffe über den Stillen Ozean kriegen. Zögernd wichen sie dieser Drohung; aber als die Roten ihre Überlegenheit gezeigt hatten, halfen ihnen die Tschechen, den Admiral zu fangen. Wieder sicherten sie sich das Recht freien Abzugs, und mit ungeheurer Beute erreichten sie Wladiwostok, sehr unbeliebt bei den politischen Opfern des Bolschewismus, die vor dem roten Terror nicht hatten fliehen können, da die Tschechen die meisten Eisenbahnwagen für sich verwendeten.

Wilson's „mannhafter“ Umfall

Das meiste von all dem ereignete sich nach dem Ende des Weltkrieges, aber es begann in den Jahren 1917 und 1918 und wurde in Masaryks geschickten Fingern das Wunder, das die Entscheidung brachte. Die abenteuerliche Reise durch Sibirien wurde einem leichtgläubigen Publikum in Amerika und Westeuropa als eine tschechische Anabasis vorgestellt, als eine Parallele zu dem heldenhaften Marsch von zehntausend Griechen gegen Artaxerxes.

Das hatte glänzenden Erfolg: „In Amerika half uns vor allem die Art, in der der Marsch unserer Leute durch Sibirien rund um die Welt erklang. Und je geringer die Kenntnis, desto größer die Begeisterung. Wilsons Innenminister, F. H. Lane, war so beeindruckt, daß er in einem Brief schrieb: Ist das nicht eine großartige Welt? Und ihr größtes Wunder ist nicht einmal die Tatsache, daß Wilson sie regiert, sondern der Marsch der Tschecho-Slowaken über 5000 Meilen von Rußisch-Asien...“

Vielleicht überschätzte Masaryk die Wirkung seiner Kunst. Aber wir können das Zeugnis eines außerordentlich begabten Mannes nicht vernachlässigen, wenn er feststellt, daß er Amerikas Kurs um 180 Grad änderte, einfach, indem er dem Präsidenten Geschichten erzählte. In der Tat, derselbe Wilson, der im Januar 1918 in Übereinstimmung mit England feierlich erklärt hatte, daß er Österreich-Ungarn zu erhalten wünsche, teilte neun Monate später dem Kaiser von Österreich mit, daß er seine Meinung geändert habe und Selbstverwaltung nicht mehr als Lösung annehmen könne. Masaryk schrieb höhnvoll triumphierend in seinem Buch:

„Es kann im diplomatischen Schrifttum nur wenige Beispiele einer so mannhaften und ehrenvollen Zurückziehung einer früheren Auffassung geben.“